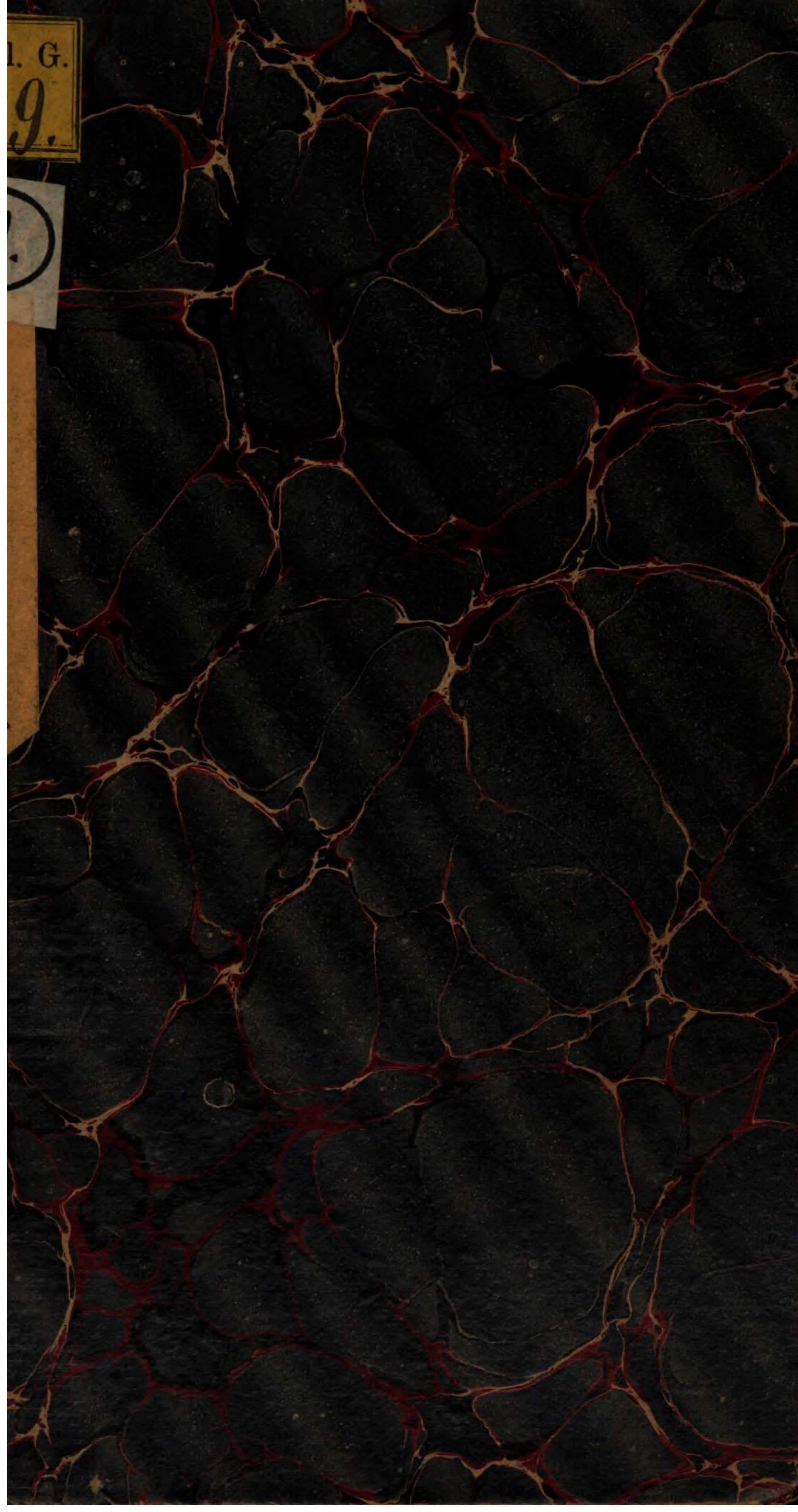




1. G.
9.



J. publ. G.

Strenghschwerd

909(21

I. publ. J. 909 (2)
F r e y m ü t h i g e

staatsrechtliche Prüfung

des

fogenannten rechtlichen Gutachtens

die

U e b e r g a b e

der

Festung Mannheim

an den Reichsfeind

b e t r e f f e n d.

**Den Göttingischen Professoren
Herrn geheimen Justitzrathe Pütter
und**

Herrn Hofrath von Martens

zur öffentlichen Prüfung gewidmet

von

Karl Grafen von Strengschwerd.

Regensburg im Februar 1796.

136A

Beynähliche

Naturwissenschaftliche Prüfung

des

gegenwärtigen technischen Gutes

die

Uebung

der

Leistung

an den

besten

Den öffentlichen Professoren
Herrn Professor Dr. P. Müller

und

Herrn Hofrat von Marsch

an öffentlichen Prüfung gewidmet

von

Karl Gustav von Stenochow

Köln im Februar 1896.

V o r r e d e.

Das sogenannte *rechtliche* oder eigentlich *chimärise* Gutachten etc. hat durch den eigenen Ideengang und durch die Hülle eines reinen und systematischen Vortrags, wodurch es sich vor den meisten Flugschriften auszeichnet, Aufsehen erregt, und hie und da Eingang gefunden. Der Umstand: daß der Verfasser, gleich als hätte er etwas meisterhaftes geliefert, einen *Pütter* und *Martens* zur öffentlichen Prüfung desselben aufforderte, spannte die Aufmerksamkeit noch höher und beförderte deren Verbreitung. Auch ich eilte es zu durch-

A 2

lesen,

lesen, aber erstaunte über die Dreistigkeit, womit ein eben so unbekannter Gelehrter als Graf unsrer teutschen Verfassung Hohn spricht, und willkührliche Begriffe in logischem Gewand als positive Bestimmungen geltend machen will. Die Aufstellung gewisser Sätze, wonach gerade in unsern Tagen gehandelt ward, und deren Vergleichung mit dem Inhalt der übrigen aus eben der Feder geflossenen Schriften *) machen es in Verbindung mit einigen Nebenumständen

*) *Beurtheilung* der Note, die der kurbrandenburgische Comitialgesandte Herr Graf von Görz den 15. Sept. 1795. dem Reichstag zu Regensburg übergeben hat. Regensburg den 30. Sept. 1795. *Kommentar und Beurtheilung* der Erklärung, die Se. Majestät der König von Preussen den 2ten Octobr. 1795. dem fränkischen Kreise machen lassen. Regensburg den 24ten Oct. 1795. *Beurtheilung* des Schreibens, welches der regierende Herr Herzog von Braunschweig Lüneburg den 30. Sept. 1795 an den Herrn Grafen von Westphal zu Fürstenberg kaiserl. Gesandten beim Niederrheinischen Kreise erlassen hat.

ständen sehr wahrscheinlich, daß nicht Hang zur Paradoxie, sondern andere Gründe es waren, die unsern Herrn Grafen bewogen; Schriftsteller zu werden. Dem sey aber wie ihm wolle; so verdient diese Schrift immer als litterarisches Produkt, das so reich an Scharfsinn als dürftig an Wahrheit und voll verwegener Eingriffe in die reichstädtische Rechte und Freyheiten ist, eine genauere Prüfung. Zwar bin ich dazu nicht durch den Verfasser bestimmt, aber durch innige Theilnahme an Wahrheit und durch pflichtmäßige Anhänglichkeit an vaterländische Verfassung berechtigt. Ich hielt es am zweckmäßigsten, ihm Saz vor Saz zu folgen, so weit dies ohne genaue Kenntniß gewisser Thatfachen geschehen konnte; daher unterblieb auch die Beurtheilung der Uebergabe und Kapitulation von Mannheim. Lohn genug für meine Arbeit, wenn vielleicht durch sie diese oder jene Materie von einsichtsvolle-

ren Männern näher beleuchtet, und gegen diese und künftige gräflich Strengschwerdische Schriften gerechtes Mißtrauen erweckt wird. — Läge dem Publikum nicht mehr an der Sache als am Namen des Autors; ich würde ihn ohne Bedenken vorgefetzt haben; und bin noch bereit es zu thun, wenn der Herr Graf mir hierin vorangehen will.

Wer ohne Rücksicht auf den Hof dem er dient, nur aus Ueberzeugung und mit der dem Kaiser und den Ständen des Reichs gebührenden Ehrfurcht schreibt — was unser Graffreylich nicht gethan hat — der darf das Licht nicht scheuen. Wer bey einer Fehde, wo es der teutschen Konstitution gilt, zu deren Vertheidigung gegen arglistige Kämpfer den Handschuh ergreift, der darf auch nichts fürchten. Siegt er nicht, so genügt ihm an dem frohen Bewußtseyn, für eine gute Sache gestritten zu

zu haben. Dieser Absicht sey nach
 meinen Berufsgeschäften jede meiner
 müßigen Stunden vorzüglich geweiht.
 So lang ich Kräfte habe, werde ich
 Jagd machen auf jeden schädlichen
 Partheygänger und Frevler an unsrer
 teutschen Verfassung, ohne mich durch
 die *allgewaltige Kraft* der Logik *) zu-
 rück

A 4

rück

*) S. den Reichsanzeiger Nro. 255. welches
 Blatt einzeln: und warum wohl das ?? von
 dem gewöhnlichen Kolporteur aller anti Bo-
 ruffischen, und anti Reichstäändischen Schrif-
 ten in Regensburg verkauft wurde. — Ich
 frage, wenn Graf Strengschwerd in seinem
rechtlichen Gutachten die deutsche Ver-
 fassung mit Füßen tritt, dann im ange-
 zeigten *Kommentar etc.* S. 42. gegen alle
 Reformen unsrer teutschen Verfassung, so lang
 gründliche und wirkfame Verbesserungen
 derselben nicht möglich sind, deklamirt,
 endlich in der *Beurtheilung* des Schreibens
 an den Herzog von Braunschweig, einem Mei-
 sterstück von Unbescheidenheit, in seinem De-
 klamations - Eifer sich so weit vergiftet, daß
 er S. 28 den Teutschen zuruft, „den Kai-
 fet zu beschwören, daß er ihnen ein Un-
 ter-

rück schrecken zu lassen, welche nur ohne Sophismen und Mißbrauch gleich ehrwürdig und fürchterlich ist.

terhaus gebe“ ohngefähr so wie der Römische Praetor einen judicem pedaneum gab, heist dies logisch und konsequent schreiben? Logik und Deklamation bestehen selten zusammen, und eine so veränderliche Sprache giebt keinen vortheilhaften Begriff von dem Charakter des Mannes, der sie spricht.

Wenn

Wenn ein Gegenstand rechtlicher Bestimmung, wie der Reichskrieg ist, dieselbe nicht bloß durch natürliche oder aus dem Begriff eines Kriegs abgeleitete Rechtsgrundsätze, sondern durch positive Gesetze entweder unmittelbar, oder mittelbar durch die besondere und eigenthümliche Verfassung des teutschen Reichs erhält; so muß auch die Theorie, wornach ein einzelner den Reichskrieg betreffender Fall richtig geprüft und entschieden werden soll, aus beyden, hauptsächlich den positiven Bestimmungen geschöpft seyn.

Enthalten die bey einem solchen Gegenstand aufgestellten Grundsätze mehr Resultate aus allgemeinen Begriffen von monarchischer Regierung, als

richtige Abstraktion aus einer wirklich bestehenden vermischten Verfassung, so sind sie ungeachtet ihres systematischen Zusammenhangs, ungeachtet aller logischen Bündigkeit der daraus gezogenen Folgerungen augenscheinlich nicht dazu geeignet, einen in die eigenthümliche Reichsverfassung einschlagenden, und einzig und allein mit Anwendung einer gefunden Auslegung ihrer Gesetze und rechtlichen Analogie zu prüfenden Fall zu entscheiden. Und doch hat der Verfasser des *rechtlichen Gutachtens etc.* kein Bedenken getragen, auf diese Art zu verfahren, und nach seinen vielleicht *thetisch* wahren aber *hypothetisch* oder in Beziehung auf unsere Reichsverfassung unrichtigen Grundsätzen die Rechte eines Oberbefehlshabers in einem Reichskrieg zu bestimmen, diese konstitutionswidrig zu erhöhen und darnach die Kapitulation von Mannheim zu beurtheilen.

Damit aber dieser Vorwurf nicht ungerechtfertigt schein, so ist es Pflicht jene Schrift und ihre Sätze mit unsrer Konstitution genau zu vergleichen, um dadurch den Leser in den Stand zu setzen, die Mängel dieses blendenden und mit vielem Geistesaufwand erbauten Systems, das in
 fei-

seiner Anwendung die wichtigsten und heiligsten Gerechtsame der teutschen Reichsstände zu untergraben und Teutschland in eine absolute Monarchie zu verwandeln droht, ohne grosse Mühe zu entdecken,

So bald ein Reichskrieg ist, müssen alle Kriegsunternehmungen von einem einzigen Willen, von dem des Oberbefehlshabers der kriegführenden Macht, abhängen, der seine Operationsplane nach den Instruktionen, oder auf Vollmacht des Souverains entwirft.	Die erste Erforderniss bey einem Reichskrieg ist die: dafs er nach Inhalt der Reichsgesetze und Verordnungen geführt werde *). Da aber keine derselben über die Art seiner Führung ausführlich bestimmte allgemeine Regeln enthält; — welches vielleicht daher rührt, weil unser teutsches Reich seine Unfähigkeit, als kriegführende Macht eine Rolle zu spielen,
---	---

*) Wahlkap. Art. IV. §. 3. dergleichen Reichskriege, sodann nach Inhalt der Reichskonstitution, der Exekutionsordnung und Instrumenti pacis geführt, auch die von uns und dem Reich in gleicher Anzahl

len, selbst fühlte und also nur in Fällen, wo es seine *Vertheidigung* gegen äussere Angriffe galt, über die zu nehmenden Maasregeln mit dem Kaiser sich verglich — so kann die angeführte Stelle der Wahlkap. nicht anders verstanden werden, als dafs nach der allgemeinen reichsgesetzlichen Vorschrift ohne den Willen und die Mitwirkung der Reichsstände weder ein Reichskrieg von dem Kaiser beschloffen, noch geführt, und immer mit Rücksicht auf die über diesen Gegenstand errichteten Reichsschlüsse dabey verfahren werde.

Man giebt zu, dafs die Kriegsunternehmungen von dem einzigen Willen des Oberbefehlshabers der kriegführenden Macht abhängen müssen; nur mufs dieser Wille der Ausdruck und die Vollziehung der Operationsplane seyn, die entweder
von

zahl beyder Religionen zu bestellende Generalität, samt den ebenfalls in gleicher Anzahl von beyden Religionen zu ernennenden Kriegsraths - Direktoren und Räthen sowohl, als das ganze Kriegsheer in Unserer und des Reichspflichten genommen werden sollen, wie solches alles die auf solche Reichskriegsfälle ergangene Reichsschlüsse erfordern und mit sich bringen.

von dem Reichskriegsrath, oder wenn die Reichsstände, wie sie dazu berechtigt sind *) keinen ernennen, sondern dessen Befugnisse dem Kaiser übertragen **), in dem kaiserlichen Hofkriegsrath entworfen werden. Es mag aber dieses der Fall, oder es mag, wie seit mehreren Monathen zum augenscheinlichen Vorthail aller Kriegsunternehmungen geschehen ist, das Recht die Operationen der Armee zu bestimmen, dem Oberbefehlshaber selbst überlassen seyn; so hat doch in beyden Fällen keine Willkühr oder Eigenmacht statt, und dürfen die abgefaßten Verhaltensbefehle und errichteten Operationsplane nie wider die *Reichs- und Kreis - Verfassungen* streiten ***).

Wenn

*) W. C. Art. IV. §. 3.

**) So ist es in den Reichskriegen seit 1672 gehalten worden.

***) W. C. Art. IV. §. 4. Dagegen wollen wir unsern eignen Kriegsrath und Generalität nicht gestatten, wider die Reichs- und Kreis - Verfassungen eigenen Gefallens das Marschwesen anzuordnen, jemanden von derley gemeinen Lasten zu entbinden, sich einer eigenmächtigen Kognition über die Kontreband oder andere Kommerzienhandel anzu-

Nach der Natur eines Kriegs, dessen geschickte Führung die Verbergung sowohl des ganzen allgemeinen Operationsplans, als auch einzelner in demselben begriffener Unternehmungen für den Feind, nothwendig erfordert, darf der allgemeine Operationsplan niemanden, als dem obersten Kriegsbefehlshaber wissend seyn.

Wenn sich dieser Satz, wie es aus dem folgenden scheint, bloß auf die Unterbefehlshaber bezieht, so ist er ganz richtig. Denn daß der Operationsplan bey einem Reichskrieg ehedem den Reichskriegsraths - Direktoren und Kriegsräthen, mit denen er auf die Berichte der Generalität und in steter Hinsicht auf die Reichs-

ständischen Rechte und Freyheiten von dem Kaiser entworfen, und von denen er auch, so viel *ratio belli* und das nach Gelegenheit der Sache erforderliche *Secretum* zu- liefs *) der Reichsversammlung mitgetheilt wurde, bekannt

anzumassen, über die Reichsfestungen zu disponiren, oder der Reichsgeneralität einseitige Verwaltungsbefehle zuzuschicken.

*) Siehe im Reichsgutachten vom 19. Jul. 1664 die Reichs - Instruktion für die Reichs Kriegsdirektoren.

bekannt seyn mußte, versteht sich von selbst. Jetzt entwirft ihn zwar mit Willen der Stände der Kaiser allein, kan aber dabey nach seiner Verpflichtung nichts anders als das Wohl des Reichs und der einzelnen Glieder wollen, deren Integrität, Verfassung und Rechte Ihm als obersten Befehlshaber heilig seyn müssen. Nur innerhalb dieser Schranken ist seine Reichs - Kriegsdirektion gültig.

Alle andere Unterbefehlshaber vom höchsten bis zum niedrigsten Range haben bey diesem Operationsplan nur dann mitzureden, wenn der oberste Befehlshaber sie zu fragen gut findet; ihre Geschiklichkeit, ihr ganzer Wille muß dem absoluten Willen des Oberbefehlshabers untergeordnet seyn: Gehorsam, pünktlichster Gehorsam gegen die Befehle des Oberbefehls-	Auch dies könnte man ohne weiteren Beyfatz zugeben, wenn der Verfasser dadurch nichts als die strenge Subordination des Militairs besonders im Krieg hätte bezeichnen wollen; weil er aber damit sich zu andern Säzen, denen man nicht beypflichten kann, den Weg zu bahnen scheint; so ist zu Vermeidung aller Zweydeutigkeit vorläufig zu bemer-
--	---

fehlshabers ist ihre erste bemerken, daß unter
Pflicht; Geschiklichkeit, den Unterbefehlshabern,
Eifer, Thätigkeit in Aus- deren Wille dem absolu-
führung dieser Befehle ihr ten Willen des Oberbe-
größtes Verdienst. fehlshaber untergeordnet

seyn muß, allein die
Offiziers der Kaiserl. Königl. und der aus den
Kontingenten der Kreis- und Reichsstände beste-
henden Reichsarmee, und die Offiziers der letzteren
nur so lange sie mit ihrem Kontingent im Felde
stehen und einen Theil der Reichsarmee ausma-
chen, zu verstehen sind; denn so bald der Reichs-
stand, der das Kontingent stellt, und dem sie die-
nen, sie mit demselben in den gesetzlichen Fällen
abrückt, stehen sie allein unter dessen Befehlen *).

Mit

*) So heißt es auch in der 1664 dem Reichsfeldmar-
schall erteilten Instruktion: „8) solle vom Herrn
„Reichs - Feldmarschall bey der Armee gute Ord-
„nung und Kriegsdisciplin gehalten werden, und
„gleichwie Ihme die obere Jurisdiktion und Admi-
„nistration der Justiz über alle hohe und niedere
„Kriegsofficiere und der ganzen Soldateska insge-
„mein bey wählenden Feldzug und so lange die
„Armee nicht wiederum zurück, und in der Stände
„so sie geworben und unterhalten Lande gehet ge-
„büht und zukommt etc. Pachners vollst. Samml.
der Reichschlüsse T. I. p. 119.

Diese Regeln gelten eben so sehr von Officieren in offenem Felde, als von Festungskommandanten. Festungen machen den Schuz der operirenden Heere bald in der Fronte bald in den Flanken aus, und so gar, wenn sie schon von den Heeren ihres Befizers abgeschnitten sind, müssen sie noch den Feind aufhalten, sich deshalb bis zum letzten Lothe Nahrung und bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen, und dabey standhaft die Entsezung durch ihre Mitbrüder erwarten.

kommuniciren und dessen Willen erfahren kann, es für nothwendig hält.

Mit dem Verfasser ganz einverstanden, wenn die Festung, von deren Vertheidigung die Rede ist, ein Eigenthum des kriegführenden Souverains, und der Festungskommandant als solcher dessen Diener und Unterthan ist. So würde z. B. Prag als eine dem König und Kurfürsten von Böhmen gehörige Festung, im Fall einer Belagerung sich bis auf den letzten Mann halten, und sich nicht eher ergeben dürfen, als wenn der König oder sein Oberbefehlshaber es will, oder wenn der Festungskommandant, sofern er mit jenem nicht mehr

Ein Festungskommandant hat also gar keine Befugniss, so lange er noch irgend Kommunikation mit dem Oberbefehlshaber haben kann, eigenmächtig und wider die Befehle des Oberbefehlshabers über die Festung zu disponiren, und der Kommandant, der das dennoch thut, ist ein Verräther, oder ein Feiger, dem die Kugel vor den Kopf gehört.

In einem teutschen Reichskriege, wo die das Reichsheer ausmachenden Truppen verschiedenen kleinen Souverains angehören, die im Friedensstande sämmtlich unabhängig über ihre Trup-

pen

In einem teutschen Reichskriege aber ist es ganz anders. In unserm Teutschland ist kein Monarch, der über die auf dem Reichsterritorium befindlichen Festungen weder im Frieden noch während des Kriegs zu disponiren, oder den Kommandanten derselben ausschliessend zu befehlen hatte. Nur über einige derselben, die eigentlich *dem Reich* zur Vertheidigung dienen, und *Reichsfestungen* heissen, hat der Kaiser zur Zeit eines Reichskriegs entweder in einem von ihm und dem Reich bestellten Reichskriegsrath, oder, wenn die Reichskriegs-Operation ihm al-

lein

pen befehlen, fragt es sich; ob ein Reichsstand seinem zur Reichsarmee gehörigen Truppenkontingente Befehle zu ertheilen befugt ist, und ob er über die in seinen Reichslanden belegenen Festungen, welche der Oberbefehlshaber des Reichskriegs zur Vertheidigung des Reichs bedarf, ohne Wissen und Genehmigung des Oberkriegsbefehlshabers verfügen kann? Beyde Fragen

lein übertragen worden, als Imperator und höchster Feldherr *) zu gebieten, und den Kommandanten derselben allein zu befehlen. Der Souverain über diese Festungen ist Kaiser und Reich; die Oberhoheitsrechte darüber üben also auch beyde gemeinschaftlich aus. Mit *Territorial* oder *Reichsständischen* Festungen hat es eine ganz andere Bewandtnis. Diese stehen unter

B 2 der

*) In der im Jahr 1664 dem Reichs-Kriegsrath ertheilten Reichsinstruktion liest man: „Weilen allerhöchst gedachte Röm. Kaif Maj. des H. R. Reichs höchstgeehrtestes Oberhaupt, der *Principal Kriegs- und Feldherr* seynd, und also von derselben forderist die wichtigste Kriegs Actiones, *jeaoch mit gemeinen Rath* resolvirt und angeordnet werden müssen“ &c.

gen müssen unbedenklich der Territorialhoheit des verneinet werden. Reichsstandes, in dessen Lande sie liegen, und auch in einem Reichskriege, so lang sie durch seine Truppen vertheidiget werden, nur unter seinem oder seines Kommandanten Befehlen.

Doch davon wird noch weiter unten etwas vorkommen. Ich bleibe der Ordnung wegen jezt bey der ersten von dem Verfasser aufgeworfenen Frage.

1. Ein teutscher Reichsstand kann über sein Truppenkontingent bey der Reichsarmee gar nicht verfügen, so lange der Reichskrieg dauert. Dieser Saz ist zu allgemein und als solcher unrichtig. Die älteren Reichsverordnungen enthalten deutliche Spuren, dafs einzelne Reichskreise und Stände sich mit ihren Kontingenten von dem Reichs- und Kreiscorps nach Gefallen getrennt haben. *)

Er kann es von Zeit zu Zeit durch ein anderes Kontingent ersetzen; von die- Der

*) Rs. Schluß vom 26. Merz 1664 „es haben auch die- je-

dieser Bestimmung ist hier
nicht die Rede.

Er hat aber gar keine
Befugniss, über die Stel-
lung, Verwendung und
Thätigkeit seines Kontin-
gents zu befehlen, so
lange der Krieg dauert.
Alle diese Anordnungen
gebühren ausschliesslich
und unbedingt (absolute)
dem Oberkriegsbefehls-
haber. Dies ist der Sinn
unfers Sazes.

Der sogenannte Securi-
tätspunct, die Garantie
und Hülfe des Reichs
war damals noch zu un-
bestimmt, und noch kei-
ne die Freyheit der Stän-
de und Kreise hierinn
beschränkende Verpflich-
tung vorhanden. Dies
hinderte nun freylich die
Operationen, und führte
zu Unordnungen bey der
Armee. Der Kaiser that
deswegen auch verschie-
dene Vorstellungen beym
Reich, *) welches end-

Der

B 3 lich

jenigen Stände, welche ihre Völker aus den Krei-
sen annoch zusammen führen wollen, sich vorbehal-
ten, dafs zum *Fall ein oder anderer Stand sich von
solchem Corpus separiren würde*, entweder die obge-
dachte subordinirte Generalität auf eine geringere
Anzahl zu reduciren, oder pro rata derer beym Creiss
Corpo haltenden Stände derselben Gage zu ringern.

*) Kais. Commiss. Dekret v. 11. Sept. 1675. worinn be-
merkt war „dafs in jüngst bey Strassburg erfolg-
ter

Der Grund dieser Re- lich beschloß: „daß um
 gel liegt darinn, daß „aller Diffolution und Un-
 kein Krieg geführt wer- „ordnung vorzubeugen,
 den „kein

ter Passirung des *Rheins* ein Theil der Reichs- und
 Kreisvölker mit überzugehen difficultirt, andere aber
 sich derentwillen gar absentirt hätten.“ In dem
Reichsgutachten vom 14. Sept. wird zur Vollziehung
 der Befehle der Generalität von den Reichs und
 Kreisvölkern, und damit die Kriegs Operationes
 mit desto besserem Nachdruck fortgesetzt würden, der
 Reichs General Feldmarschall erinnert: daß, wo-
 fern dergleichen Streitigkeiten sich inskünftige wei-
 ters zutragen sollten, derselbe kraft obhabenden
 Commando, seiner Instruktion nach die Widerspen-
 stige durch gehörige Bestrafungsmittel zu schuldi-
 gem Gehorsam anhalten wolle.

Als bald darauf der Fränkische Kreis ohne Wis-
 sen des Kaisers und der Reichs Generalität, der Pro-
 testation und Contreordre unerachtet, seine Trup-
 pen von *Bruchsal* als dem assignirten Posten zurück-
 zog, so erließ der Kaiser am 3. Jan. 1676 ein neues
Dekret an das Reich mit dem Ansinnen „vermit-
 „telst eines allgemeinen Reichs - Schlusses das Werk
 „dahin zu dirigiren, damit inskünftige dergleichen
 „eigenmächtiges Verfahren nicht auch von den Krei-
 „sen vorgenommen, sondern solches allerseits ein-
 „gestellt werde.“ In dem erstatteten Gutachten
 vom 15. Febr. 1676 bezog sich aber damals die Reichs-
 versammlung simpliciter auf den angeführten Schluss
 vom 14. Sept. 1675.

den kann, wenn ein an- „kein Kreis oder Stand
 derer, als der einige „befugt, seine Völker ei-
 Wille des Oberkriegsbe- „genen Gefallens zu re-
 fehlshabers über die zum „vociren, sondern schul-
 Kriege bestimmte Trup- „dig feyn foll, dieselbe
 pen befehlen kann. „bey der Armee unter
 „des Reichs Feldmar-
 „schallen Ordre beständig zu lassen und die abge-
 „hende Mannschaft jedesmal zu rekrutiren.“ *)

Diese für die Stände und Kreise festgesetzte Reichspflicht konnte sich jedoch nicht so weit erstrecken, dafs um der Reichs Garantie willen, die doch nur wegen der Sicherheit der einzelnen teutschen Reichslande festgesetzt war, ein Stand gehindert feyn sollte, den seinem Land vorzüglich schuldigen Schuz zu leisten. Schon die Natur der Sache enthält diese Ausnahme, aber, um keinen Zweifel übrig zu lassen, ward sie in eigenen Reichs-
 schlüssen verordnet; **) und der sein Kontingent ab-

B 4

ru-

*) So lautet das über mehrere wichtige Punkte der Securitäts Materie am 20. Dec. 1681 erstattete Reichsgutachten.

**) *Rs. Schluss* vom 12. Merz 1704 „um aller Dissolution

rufende Reichsstand in diesem Fall zu nichts weiter, als zu einer bloßen Anzeige bey der Reichsge-
ne-

„tion und Unordnung vorzubeugen, soll kein der-
„selben Kreifen oder Ständen des Reichs seine Völ-
„ker eigenen Gefallens vermög Reichs Gutachtens
„vom 20 Dec. 1681. zu revociren befugt, sondern
„schuldig seyn, dieselbe bey der Armee unter der
„hohen Generalität Ordre beständig (*es wäre dann,*
„*dass ein oder anderer Stand wegen fremden Ueber-*
„*falls seine Truppen selbst vonnöthen, welchenfalls*
„derfelbe Stand es jedoch der hohen Generalität
„anzuzeigen hätte) zu lassen, auch die abgehende
„Mannschaft jedesmal zeitlich auf seine Kosten zu
„rekroutiren und zu remontiren.“ Rs. Gutachten
vom 31. May 1713 „und diese Last mit gleichen Ach-
„seln nach Proportion eines jeden Standes Kontin-
„gent zu tragen, auch davon sich niemand, unter
„was Praetext es immer wäre, *ausser denen im*
„*Reichs Schluss vom 12. Martii 1704 ausgedruckten*
„*Fällen* zu entziehen.“

Rs. Gutachten v. 17. Jun. 1713. „die Kaiserl. und
„Reichs Generalität aber wäre nochmal alles Ern-
„stes zu erinnern und anzuweisen, künftig keinem
„Reichsstand zu gestatten, nach Belieben sein Kon-
„tingent von der Rs. Armee und Station, wo es hin
„beordert, zu des Reichs und gemeiner Sache Nach-
„theil zu avociren, sondern diesfalls auf denen
„Reichs Schliüssen sonderlich dem unterm 12. Mart.
„1704 fest zu bestehen, *es wäre dann in casu noto-*
„*riae necessitatis, oder da ein Stand wegen fremden*
„*Ue*

neralität, die den Abmarsch nicht zu hindern vermag, verpflichtet. Wo aber keine eigene Landesgefahr vorhanden ist, oder wo die Landesbeschützung mit der des Reichs nicht in Kollision kömmt, darf in der Regel kein Reichsstand noch Reichskreis sein Kontingent abrufen, ungeachtet es in einzelnen Fällen und nach *Gestalt der Sachen* mit *Genehmigung* der Reichsgeneralität geschehen kann.

Also verfügt ein teutscher Reichsstand auch während eines Reichskriegs zuweilen mit Recht über sein Truppenkontingent, und Kur-Sachsens

B 5

ka-

„*Ueberfalls seiner Truppen zu eigener Defension selbst*
 „*benöthiget wäre*, welches ein solcher Stand
 „*der kommandirenden kaiserl. und Reichs Generali-*
 „*tät zeitlich anzuzeigen hätte.*“

Im Rs. *Gutachten* v. 16. Apr. 1734 das am 24. May ratificirt wurde, heist es eben so; nur die Ausnahme ist etwas anders gefasst (es wäre dann ein oder anderer Stand *wegen fremden Ueberfalls in seinen Reichslanden*, seiner Truppen selbst benöthigt, welchen falls derselbe Stand mit *Vorwissen* und *gestalten Sachen* nach erfolgter Genehmhaltung mehrgemeldter Reichs-Generalität sein Kontingent zu avociren, und dasselbe so lang, bis die Gefahr cessiret, bey sich zu behalten, befugt seyn solle.)

kamen vor mehreren Monathen bey Zurückberufung seines Kontingents die nemlichen Reichsfchlüsse zu statten, worauf sich der Kaiser selbst schon als Reichsstand berufen, und wornach er als solcher gehandelt hat. *)

Ueber die Stellung, Verwendung und Thätigkeit des Kontingents, so lange der Krieg dauert, steht zwar dem Oberkriegsbefehlshaber die Anordnung zu, aber weder ausschliesslich noch unbedingt. Als noch zugleich mit dem Kaiser die Reichs - Kriegs-raths - Direktoren und Reichs-Kriegsräthe den Operationsplan bey einem Reichskriege entwarfen, und durch die subordinirte Generalität ausführten, entschieden sie zwar über alles dieses gemeinschaftlich, oder in Abwesenheit der Direktoren und Räthe der Kaiser und die Reichsgenerale allein; doch waren sie von Reichs-

we-

*) *Kais. Commiss. Dekret v. 27. Jan. 1706.* „wie dann „Ihre Kaiserl. Maj. Sich noch jüngst genöthiget befunden hätten, aus dem Reich ein und anderes „Regiment abzufordern, und darunter um so weniger angestanden wären, als eines Theils die „Reichs Conclusa selbst mit sich führten, was ein „jeder Stand, wenn er *in seinem eigenen Land an-* „gegriffen, zu thun befugt &c.

wegen zur Beobachtung der Gleichheit unter den Kriegsvölkern, und Aufrechthaltung der einzelnen Reichständischen Rechte und Freyheiten verpflichtet *). Der Umstand, daß jene Direktoren und Kriegs-

*) S. in *dem Rs. Gutachten* v. 19. Jul. 1664 die Rs. Instruct. für den Rs. General Feld Marsch. „dafern „jedoch der status belli und die Noth erfordern „sollte, ein Theil des Kreis Corpus davon abzunehmen, und separatim anzuwenden, folle dießfalls geschehen, was die Nothdurft und KriegsRaïson erfordert, und Ihro Kais. Maj. mit den „Herren Directoren und Kriegsräthen, wenn die „anwesend oder in casum absentiae mit der Rs. Generalität vor gut finden werden, jedoch daß bey „dergleichen Particular Abschikung einiger Völker „von dem Kreis Corpo die Gleichheit unter den „Kreis Völkern, so viel möglich beobachtet werde. Eben dies findet sich in einer andern *Instruction* als eine Beylage des *Reichsgutachtens* v. „1. August 1672.“

In der Instruction für die Reichs - Kriegs-raths - Directores und Reichs Kriegs-räthe, der ersten Beylage des ersten Reichsgutachtens steht: „Es haben die „deputirten Fürsten und Reichs - Kriegs Rath's Directores mit den Reichs Kriegs-räthen sich äufferst „angelegen zu halten, daß bey Führung des Kriegs „dasselbe Reich und dessen gesammte Churfürsten „und Stände bey ihren zustehenden Rechten, Freyheiten und Gerechtigkeiten allerdings unbeeinträchtigt gelassen, die Reichsfazungen, der Münster- „und

Kriegsräthe nach 1672 nicht mehr ernannt, und ihre Rechte in den folgenden Reichskriegen dem Kaiser vom Reich überlassen wurden, hat hierinn keine Veränderung bewirkt; denn der Kaiser hat mit ihren Rechten auch ihre Pflichten übernommen. Auf seine in der Eigenschaft des obersten Kriegsfeldherrn und Generalissimus erlassene Ordre, oder in seiner Abwesenheit auf Befehl des nach Ihm kommandirenden General-Feldmarschalls sind die Reichskreise ihre Kontingente an den bestimmten Ort marschiren, sie da stehen zu lassen und die Generale der Kreistruppen dem Kommando der Reichs-Generalität anzuweisen schuldig; die Reichschlüsse berechtigen auch denselben, von den

„und Ofsnabrükische Friedensschluss und was bey
 „gegenwärtiger Rs. Versammlung ferner zwischen
 „Kaif. Maj. und dem Reich verglichen, oder noch
 „verabschiedet werden möchte, - - wie auch jene
 „Bedingnisse, deren sich die zum Kreis Corpo con-
 „currirnde Churfürsten und Stände mit Ihro Kaif.
 „Maj. verglichen haben, oder noch vergleichen
 „werden, genauest beobachtet, darwider nichts ge-
 „handelt, im wenigsten aber einiger Stand des
 „Reichs mit Einquartierungen, Durchzügen, Con-
 „tributionen, oder andern Kriegsexactionen wider
 „die Reichs-Constitutiones einiger gestalt beschwe-
 „ret werde.“ - - -

den Truppen dieses oder jenen Kreises an diesen oder jenen Ort zu detachiren, jedoch mit Zuziehung und gemeinschaftlicher Verabredung der Interessenten *).

Ue-

*) *Reichsschluss vom 12. März 1704.* „ist weiter geschlossen worden, dass die gesammte Reichs Kreise auf des in capite kommandirenden Generalissimi oder in Dero Abwesenheit auf des nach demselben kommandirenden General Feldmarschall einlangende Ordre mit ihren Reichskontingenten und Truppen in Zeiten ohne Einwendung einiger Entschuldigung, den hievorigen und noch jüngsthin ergangenen Reichsschlüssen zu schuldiger Folge an den concertirten Operations Orten zu erscheinen und unter Dero Commando wie obgedacht stehen zu bleiben verbunden seyn sollen; immaffen auch der Particular Zufälle und Umstände, sonderlich des erfordernden Quanti, und hierzu benöthigter Kriegs Requisitionen halber, nach jetzt gemeldter hoher in capite commandirender Generalität verständigem Ermessen und Gutachten und darüber zwischen allerseitigen Interessenten treffenden Concerto, was etwa ein oder ander Orten von dieses oder jenes Kreises Truppen, (welcher Generalität mit der völlig ihr anvertrauten Mannschaft von denen Kreisauschreibenden Herren Fürsten, dem Commando der hohen Reichs Generalität anzuweisen feye) zu detachiren, depandiren solle.“ Das nemliche findet sich wiederholt in dem *Kais. Commissionsdekret v. 5. Jun. 1713.* In dem

Ueber die Frage, ob der Oberbefehlshaber die Truppen eines ganzen *Kreises* von der ihnen bisher zur Operation angewiesenen Stelle anderswo nach seinem Gutbefinden verfezen könne, und ob der Kreis, dessen Truppen diese Verfezung be-

dem *Rs. Gutachten v. 22. Dec. 1713* „soll jeder „Stand des Reichs sein Kontingent unter dem Kommando der hohen Generalität in den obern Reichslanden dies oder jenseits Rheins, auch anderwärts, wo es die Convenienz und Kriegs Raifon „fordert, ohne einwendende Entschuldigung agiren „und mit operiren lassen.“ *Kais. Ratifik. Dekr. v. 24. Jan. 1714.* „mithin keinem Officier, der feye „auch wer er wolle, unter dem *Vorwand* einer von „seinem Herrn (Reichsstand) habenden besonderen „Ordre sich des Commando zu entziehen erlaubet, „sondern der Kriegsregel und Rechten nach ohne „einige Ausnahme gehalten seyn solle, diefs- oder „jenseits Rheins oder auch anderwärts, wo die „das Ober-Commando führende Generalität nach „befindender Gelegenheit Nothdurft und Kriegs- „Ursachen, den oder dieselbe Reichsständische Officiers mit ihrer unterhabenden Mannschaft hin beordern wird, ohne einige Entschuldigung sich zu „begeben.“ *Das Reichs Gutachten vom 16. April 1734* stimmt hier mit dem angeführten Reichsschluss von 1704 überein, nur sind darinn die Worte: *und darüber zwischen allerseitigen Interessenten treffenden Concerto* nicht enthalten; Aber dadurch allein können sie ihre Kraft und Gültigkeit nicht verloren haben,

bevorsteht, dabey auch ein Wort mit zu sprechen habe oder nicht? enthalten unfre Reichsschlüsse keine ausdrückliche Bestimmung. Sie verordnen zwar nach Anleitung der Reichs - Executionsordnung, daß jeder auch noch so entlegene Reichskreis demjenigen oder dessen Ständen, die Noth und Gefahr leiden, wider den Feind aus allen Kräften und auf eigene Kosten beystehen, und daß die einem Kreis zustossende Noth als das ganze Reich angehend angesehen werden soll *); Der Kreis, dem keine Gefahr drohet, ist auch ohne Zweifel verpflichtet, dem Reichs General Kommando, das ihnen zum Besten des Reichs und zur Rettung eines andern Kreises eine neue Stelle anweisen will, mit seinen Truppen Folge zu leisten, ungeachtet diese Verfezung, wenn anderst keine dringende Gefahr auf dem Verzug haftet, mit dem Kreis als *Hauptinteressenten* aus Achtung, und wegen des Rs. Schlusses von 1704 zu concertiren feyn dürfte.

Allein diese Reichsschlüsse konnten ohne sich
zu

*) Hier will ich der Kürze halber mich nur auf die *Rs. Schlüsse* vom 18. Nov. 1702 u. 24. May 1724, beziehen haben.

zu widersprechen, dem Reichs Oberkriegsbefehlshaber niemals die Befugniss einräumen, den Truppen eines Kreises, dessen Lande selbst dem Feind ausgesetzt, und von eigenen Unterthanen am besten vertheidigt sind, einen andern Platz anzuweisen, und diesen Kreis durch anderes Kriegsvolk zu schützen. Sie erkennen das Recht eines Reichsstandes, dessen Lande in Gefahr kommen, zu ihrer Rettung sein Kontingent von der Armee abzurufen, ohne dagegen dem Reichs Kommando zu erlauben, statt dessen ihm wider seinen Willen andere Truppen zu Hülfe zu schicken. Der abrufende Stand darf dasselbe, so lang die Gefahr währet, behalten und sein Land damit deken; er darf auch in einem solchen Fall sein noch nicht zur Armee gestossenes Kontingent nicht einmal stellen. Sollte wohl ein ganzer Kreis weniger thun dürfen? Oder wer kann ihm das unstreitig in unfre Verfassung verwebte Recht absprechen, zu verlangen, daß in einem Reichskrieg *seine* Truppen ihn schützen? Wer kan ihm die Garantie des Reichs durch seine Unterthanen zumuthen, und zu seiner eigenen ihm fremde Krieger aufdringen? Ist die Erhaltung eines ganzen Kreises oder mehrerer Reichsstände nicht

nicht wichtiger, als die eines einzigen? Und was für ein vernünftiger Grund läßt sich denken, daß ein Reichsstand oder Reichskreis, der in dem Fall ist, seine Mannschaft nicht stellen, und wenn sie gestellt ist, sie abrufen und zu seiner Vertheidigung gebrauchen zu dürfen, in eben dem Fall nicht berechtigt seyn sollte, ihre bisherige Stellung, die zu seiner Vertheidigung geschah, und einzig und allein dieselbe bezweckt, fest zu behaupten, die Befugniss des Reichs - Generalkommando, sie an einen andern Platz zu versetzen, geradehin zu verneinen, und dem Befehlshaber seiner Truppen den Abmarsch zu verbieten.

Dagegen wendet der Herr Verfasser des *rechtlichen Gutachtens* zwar ein: daß kein Krieg geführt werden könne, wenn ein anderer als der einzige Wille des Oberkriegsbefehlhabers über die zum Kriege bestimmte Truppen befehlen kan. Allein er hätte bedenken sollen, daß dieser Wille sich nicht weiter erstrecken soll als sein Recht; daß dessen Regel unfre Reichsgesetze und Verfassung sind, und daß diese schon bey dem einzelnen Reichsstand, um wie viel mehr also bey

einem ganzen Kreise, wenn es auf eigene Rettung und Landesvertheidigung ankömmt — das natürliche Recht der ungehinderten Stellung und des freyen Gebrauchs seiner Truppen erkennen. Er hätte bedenken sollen, daß der Oberkriegsbefehlshaber nur Vollzieher der Kriegsgefeze, folglich auch während seines Kommando an sie gebunden ist; er hätte wissen können und sollen, daß der einseitige Wille des Kaisers so wenig im Krieg als im Frieden Gesetzeskraft hat, und daß von der Befugniss des Oberkriegsbefehlshabers über die Reichstruppen in allen denen Fällen nicht die Frage seyn kan, wo besondere Reichs Schlüsse sie seinem Kommando ausdrücklich entziehen. Der Schwäbische Kreis handelte also vor einiger Zeit ganz im Geist der teutschen Verfassung, wenn er die vom Reichs - Generalkommando widerrechtlich verfügte Versezung seiner Truppen an Orte, wo sie der, dem Kreis höchst nöthigen Vertheidigung, entzogen wurden, nicht zugab; und der kritische Augenblick, worinn er mit solcher Energie handelte, erhöht nur den Ruhm, den er sich als Retter unfreier Konstitution gegen einen wesentlichen Eingriff in dieselbe damals erwarb. Alle jene Verordnungen,

gen, wodurch man die Dislokations - Ordre rechtfertigen wollte, sind keine andere, als die ich bereits angezeigt habe; sie sprechen offenbar nur von den gewöhnlichen Fällen, aber nimmermehr von jenem ungewöhnlichen und seltenen Fall, wo Landesvertheidigung mit Reichswehr in Kollision kömmt; In *jenen* sind die Reichs - Truppen allerdings an das Reichs - Generalkommando gewiesen und ganz von dessen Befehlen abhängig; in *diesem* stehen sie unter dem Landesherrn oder dem Kreise, zu dessen Schuz sie hauptsächlich bestimmt sind.

Und wenn die Reichs Schlüsse weiter verordnen, daß jeder Kreis und Stand sein Kontingent sowohl im Feld als in den Quartieren mit allen Nothwendigkeiten aus eigenen Mitteln versehen, und deswegen durch sein Kommissariat in Zeiten die nöthigen Magazine und ein gutes regulirtes Fuhrwerk aufrichten soll; so thun sie dies theils, um die Landesunterthanen derjenigen Stände, wo sich das Kriegstheater hinzieht, zu schonen, und theils, um die Stände selbst bey ihren Kontingenten und

Regimentern vor Schaden zu sichern *). Diese heilsame Absicht würde aber augenscheinlich vereitelt, wenn die mit beträchtlichem Nachtheil verknüpfte Verfezung der Truppen eines ganzen Kreises einzig und allein von dem Willen des Reichs-Generalkommando abhängen sollte.

Derjenige Stand oder Kreis handelt zwar groß und edel, der mehr thut, als wozu ihn die Gesetze verbinden, und der, in Fällen, wo sie ihm weniger aufliegen oder gar von der, Reichs - Garantie freysprechen, dieselbe, so fern sie ihm mit den Pflichten gegen Land und Leute vereinbarlich scheint, doch übernimmt; aber es ist dies ein freiwilliges Opfer, eine unvollkommene durch ein besonderes Gefühl von Patriotismus diktirte Pflicht, die schon ihrer Natur nach nicht rechtlich verlangt werden kan. Aufopferung eigener Rechte wird nur dann als Schuldigkeit erwartet, wenn dafür ein Ersatz bestimmt ist. Wo aber legt die
teutsche

*) Reichsschluss vom 12ten Merz 1704. vom 21. May 1710. Kommiss. Dekr. vom 5. Jun. 1713 und darauf erstattetes Gutachten vom 21. Jul. vornemlich das Reichsgutachten vom 16. April 1734.

teutsche Verfassung dem Reich die Entschädigung desjenigen Standes auf, der zu dessen Besten mehr thut als er sollte? Auch getraue ich mir nicht, dies für ein Gebrechen unfreer Konstitution zu halten, da nach derselben keine so enge Verbindung unter den Gliedern statt hat, ohne welche doch ein solches Entschädigungsgesetz dem Reich gar leicht mehr lästig als nützlich seyn könnte.

2) Ein teutscher	Ein teutscher Reichs-
Reichsstand kann, so bald	stand kann, so bald er das
der Reichskrieg seinen	leistet, was er nach der
Gränzen nahet, oder	reichsgesetzlichen Spra-
gar schon seine Lande	che zur Garantie und
überziehet, über die Fe-	Reichshülfe beyzutragen
stungen und festen Plätze	hat, und was das Reich
auch Pässe, die in sol-	in einem Krieg nach Be-
chen mit Krieg bezoge-	schaffenheit der Umstän-
nen, oder nahe am Kriegs-	de weiter beschliesst, auch
Schauplätze belegen	nichts unternimmt, was
Landen liegen, keine	wider seine dem Kaiser
mit dem Oberkriegsbe-	und Reich schuldigen
fehls-	C 3 Pflicht-

fehlshaber nicht verabredete Anordnungen nehmen.

3) Der Landesherr kann überhaupt über die Vertheidigungsanstalten in seinem Lande, so bald der Krieg dergleichen erfordert, nie anders als abhängig vom Oberkriegsbefehlshaber verordnen.

Pflichten streitet *) alle Vertheidigungs- und andere Anstalten treffen, welche die Annäherung des Feindes und das Wohl seines Landes heischen. Er kann dies kraft seiner Landeshoheit, die gegen Kaiser und Reich keine andere als durch *Geseze* und *Herkommen* gesetzte Schranken hat, sonst aber ihre Landesverfassungsmässigen

*) Bey solchen Handlungen muss man nur sorgfältig diejenigen, welche nach einer gesunden Auslegung der *Geseze* und vernünftigen Analogie mit unserer Konstitution gar wohl bestehen, ungeachtet sie darinn nicht ausgedrückt sind, (*quae sunt praeter constitutionem*) von jenen unterscheiden, die dem Reichsverband unstreitig verletzen (*quae sunt contra constitutionem*) So ist der Separatfriede eines einzelnen Reichstades in einem Reichskriege in *thesi* contra constitutionem, in *hypothesi* aber lässt er sich wohl damit vereinigen. Doch hievon die Ausführung ein andermal.

mässigen Wirkungen unabhängig und frey von fremder Einmischung äussert.

Die Reichs - Exekutionsordnung, welche in einem besondern Kapitel von der *Landesdefension* und zugleich von dem Recht und der Pflicht des Landesherrn zu derselben spricht, verordnet auch über den Beystand, den derselbe vermittelt der Kreis - Verfassung von seinen Reichs - Mitständen erwarten darf, wenn er dessen zum Schutze seines Landes bedarf. Aber sie enthält keine Spur von einer solchen Einschränkung der Staatsgewalt, wie sie der Herr Verfasser nach seinem sich erträumten System reichsständischer Rechte und Pflichten, bey einem den einzelnen Reichslanden nahenden Krieg, vorspiegeln will.

Für die Hülfe und den Schutz, den ein Reichsstand mit seinem Kontingent und andern Beyträgen dem Reich zu dessen äusserer Sicherheit leistet, hat er vom Reich für sich und sein Land gegenseitigen Beystand zu hoffen. Jedoch niemand kann über die Nothwendigkeit dieses Beystandes besser

urtheilen, als der eigenste Lande beschützer, der Landesherr selbst. Will der Oberkriegsbefehlshaber zur Sicherheit des Reichs an den Anstalten der Landesdefension Theil nehmen; so kann es nicht anders als durch Einverständniß mit dem Landesherrn und nur mit dessen Einwilligung geschehen. Dieser hat allein über die Festungen und Pässe in seinem Lande zu disponiren, und für deren Erhaltung und Besetzung zu sorgen; *) seine Unterthanen sind ihn mit allen hiezu nöthigen Mitteln zu unterstützen schuldig; ja er darf seine landesherrliche Gewalt selbst gegen seine widerspenstige Unterthanen, um
wie

* Deswegen ersuchte auch in Kriegszeiten bald das Reich den Kaiser wegen seiner Erblande, bald dieser die Stände, die Festungen und Pässe in ihren Landen wohl zu besetzen. *Rs. Gu'acht. v. 4. Febr. 1664.* - - - „Ferner ist für hoch nothwendig gehalten, zu erinnern, daß Kaif. Maj. sowohl in Ihrem „Erbkönigreich und Landen, als auch die Stände „in ihren Landen die Pässe wohl verwahren lassen „und zu dem Ende gute Fürsorgung thun wollen.“ „Kaif. *Ratificationum* vom 18 Jul. 1674. „Ihro Kaiserl. Majest. haben auch bey dem löbl. Schwäbischen Kreis die Erinnerung gethan, nicht allein „das ihm zukommende Kontingent unverlangt zu „stellen, sondern auch die Pässe genugsam zu besetzen.“

wie viel mehr also gegen äußere Feinde gebrauchen. *) Die Befugnisse Kaisers und Reichs in Ansehung der Landesfestungen und Pässe treten erst dann ein, wenn der Reichsstand, der dieselbe aus-

C 5

schließ-

*) S. das sonst noch merkwürdige Kaiserl. Commiss. Dekr. vom 13. Febr. 1671. „als können Ihro Kaif. Majest. gnädigst gern geschehen lassen - - das die „Landfassen und Unterthanen zu allem dem zu „contribuiren angewiesen werden, was das Reich „*pro securitate publica* verwilliget, die Executions- „ordnung vermag und die Landesdefension contra „quemvis aggressorem dem Herkommen und er- „heischenden Nothdurft nach erfordert. Dafern „aber die Landfassen und Unterthanen sich unter- „fangen würden, wider gedachte ihre Landesfür- „sten, Herrschaften und Obere, denen sie auch „in Landesdefensionen wie gemeldet dem Herkom- „men nach hülfflich erscheinen sollen, an andere „Potentaten und Republiken vermittelt gewisser „Conföderationen, Mediationen, Garantie oder in „andere Wege sich zu henken, oder derselben „Schuz zu begehren, anzunehmen und zu gebrau- „chen, so sollen Sie die Landesfürsten - - berech- „tiget seyn, sich selbst oder auf Bedürffen mit „Assistenz Ihrer benachbarten Stände, wider sol- „che ihre ungehorsame und widersezliche Unter- „thanen bey Ihrer wissentlichen Befugniss zu manu- „teniren.“ Vergl. mit dem Reichs - Gutachten vom 29. Oct. 1670. Neueste W. Kap. Art. XV. §. 3 und §. 8.

schliessend zu besetzen und zu erhalten hat,*) und an deren Besetzung dem Reich sehr gelegen, dies zu thun ausser Stand ist. Ueberhaupt sind die *Reichs-* und *Landesdefension* ganz heterogene und von einander unabhängige Dinge. *Iener* sind die Contingente der Stände und der Hülfsstruppen des Kaisers, als Besizers grosser Erblande, unter seiner höch-

*) Wahl K. Art. IV. §. 6. So stellte der Kurfürst von Trier im vorigen Jahrhundert dem Kaiser seine Unvermögenheit zu Unterhaltung der kostbaren Garnisonen in der Stadt Coblenz und der Festung Ehrenbreitstein wider die Franzosen vor, und dieser verlangte wegen des Interesse, das gesammte Reich an der Erhaltung dieser Plätze und Pässe habe, von der Reichsversammlung ein Gutachten darüber, welcher gestalt von Reichswegen und auf dessen Kosten gemeldte Orte genugsam zu besetzen und ferner zu erhalten seyen, das auch unterm 23. Febr. 1689 dahin erstattet wurde: „dass dem Churfürsten „denen Constitutionibus imperii und der Executi- „onsordnung gemäss von Reichswegen ungefäumt „an Hand zu gehen und beyzuspringen, zu solchem „Ende auch auch Ihro Kais. Maj. allerunterthänigst „zu erfuchen seyen, ob periculum in mora die al- „lergnädigste Verordnung zu thun, damit die bey- „den Festungen *Coblenz* und *Ehrenbreitstein*, an de- „ren Conservation dem gesammten Reich so merk- „lich gelegen, je eher je besser gebührend provi- „sioniret, und selbige ausser Gefahr gesetzt werden „mögen.

höchsten Reichsfahne; *dieser* die übrigen Truppen der *Landesherrn* unter deren Kommando gewidmet. In jene kann sich der einzelne Stand so wenig, als in diese der *Reichsherr* oder Kaiser und Reich, wo es nicht die Geseze erlauben, einmischen.

Will man aber die Rechte des Kaisers und des Landesherrn in Ansehung der Reichs- und Landwehre vergleichen, so sind die landesherrlichen weit gröfser und unumschränkter als jene; Ihr Ausfluß ist eine eigene Staatsgewalt, oder die Reichständische Souverainetät, so weit sich diese mit dem Reichsverband und der besondern Landesverfassung vereinigen läßt; die kaiserlichen Rechte hingegen werden in einem Reichskrieg durch das Reichsamt des höchsten Feldherrn und durch den Auftrag des Reichs bestimmt; der *Generalissimus* übt sie nur im Namen des Reichsfouverains oder des Kaisers als solchen und der versammelten Stände nach Vorschrift der Reichsdefensionalgesetzgebung aus. Wie ungereimt ist also der Satz: dafs ein Landesherr über die Vertheidigungsanstalten in seinem Lande, sobald der Krieg dergleichen erfordert, nie anders als abhängig

gig

gig vom Oberkriegsbefehlshaber verordnen könne. Ueberhaupt scheint der Verfasser in seiner ganzen Schrift entweder absichtlich oder aus Irrthum die Rechte des Oberkriegsbefehlshabers über die ihm untergebene Truppen mit den Souverainetäts- und Majestätsrechten, woran jener als solcher keinen Theil hat, verwechselt zu haben.

Diese beide Geseze ergeben sich daraus, daß während eines Reichskrieges, jede Provinz, der sich der Krieg nähert, nicht bloß sich, sondern das ganze Reich vertheidigen soll. Thäte sie das nicht, wollte sie ihre Vertheidigung auf ihre eigene Rettung einschränken, und einseitig verrichten, so würde dadurch ein dem allgemeinen Interesse entgegenwirkendes, wenigstens ein	Der künstliche Beweis, den der Autor hier von der Verbindlichkeit jedes teutschen Reichslandes, dem sich der Krieg nähert, führt, nicht bloß sich, sondern das ganze Reich zu vertheidigen, und der sich auf die beyden vorhergehenden Sätze (nicht Geseze) stützen soll, hat nicht die mindeste Kraft. Denn das <i>allgemeine Interesse</i> besteht in einem Reichskrieg darinn: das Reich
mit	wi-

mit ihm nicht gleichför- wider den Reichsfeind
 mig wirkendes, mithin zu schützen und ihm das
 überall schädliches Parti- Eindringen in die Reichs-
 kularinteresse entstehen, lande unmöglich zu ma-
 das nothwendig der Ein- chen. Hierauf allein be-
 heit der Plane und der schränkt sich der in unf-
 Einheit der Ausführung, rer Verfassung gegrün-
 welche beyde im Kriege dete Reichswehrstand; er
 gleich unentbehrlich sind, leidet keine Ausdehnung
 schaden müßte. auf den Fall, wo der
 Reichsfeind wirklich in
 die einzelnen Lande vordringt. Wann dieser eintritt,
 dann verschwindet das allgemeine Interesse, oder es
 steht wenigstens in diesem Augenblick nach. Die
Landesdefension behauptet nun ihren Rang, und der
 überzogene Stand, der sich damit gegen die feind-
 liche Ueberschwemmung nicht zu retten vermag,
 darf auf den Beystand seiner Mitstände rechnen,
 deren reichsgesetzliche Pflicht, so wie ihr Interesse,
 da sie in eben die Lage kommen können, es ist,
 ihn aufgefordert zu leisten. Die *Reichsdefension*,
 welche dem *Reich* Schutz und Sicherheit gewäh-
 ren soll, weswegen sie auch in den Reichsschlüssen
 Reichsgarantie heisst, ist eine Last, die jeder Reichs-
 stand

stand durch seine freye Einwilligung trägt; die Landesvertheidigung aber liegt dem *Landesherrn* allein ob, und die übrigen Stände sind nur im Fall der Noth zur Beyhülfe verpflichtet. Seiner Pflicht sie seinem Lande zu leisten, entspricht sein Recht, sich von niemand daran hindern und sich keinen Schutz, keine Defension seines Landes aufdringen, oder sie nach den Planen anderer modeln zu lassen. Kurz ein Reichsstand ist außer denen Reichs-Vertheidigungspflichten, die er sich nur um seines Landes willen auflegen half, in *diesem Fall* seinem Land alle und dem Reich keine weitere Vertheidigung schuldig. Ia er handelt sogar unrecht und gewissenlos gegen sein Land, wenn er nicht in der festen Ueberzeugung, daß für dasselbe daraus kein Nachtheil entstehe, sie leistet, oder bey einer Reichsrathschlagung über eine weitere Reichshülfe sie zu leisten verspricht. Sein Plan ist, und soll die Rettung seines Landes seyn; So lang er diese nicht auf Kosten des Reichs und mit offenbarer Verletzung seiner Bundespflichten sucht, oder bewirkt, ist sein Wille gerecht und in Ansehung der Wahl der Mittel zu diesem Zwecke unumschränkt. Die Einheit der Plane und die Einheit der Ausführung-

führung in einem Reichskrieg, die sich allein auf die Vertheidigung des *Reichs* und solcher Reichslande, die sich nicht selbst vertheidigen können, es sey nun durch die Reichsarmee oder durch die Kaiserl. Königl. oder andere Hülfsstruppen bezieht, kann mit der Landesdefension, welche im Fall der Unzulänglichkeit, also blofs ausnahmsweise in die Reichsdefensions - Plane gehört, nie in Widerspruch kommen. Diese eigene Landesvertheidigung in einem Reichskriege frommet auch dem Reich, so fern sie dessen Last mindert, und gehört in dem Betracht mit zu dem allgemeinen Interesse der Stände; Aus ihr kann also überall kein schädliches Partikular - Interesse entstehen.

4) Hieraus folgt weiter, dafs auf dem ganzen Kriegsschauplaze der Befehl des Oberbefehlshabers des teutsehn Reichskriegs, über den Be- Die Reichsarmee, die zur Vertheidigung des Reichs bestimmt ist*), — sie mag nun, wie in vorigen Jahrhunderten häufig geschah, zur Vertheidigung des Reichs bestimmt ist*), —

*) W. C. Art. IV. §. 8. „Wir sollen und wollen „das Kriegsvolk - - zu der Reichsdefension und „Rettung der bedrängten Stände gebrauchen.“

Befehl jedes Landesherrn in allen dem, was zur Reichsvertheidigung gehört, gehen muß; daß also

5) wenn Befehle des Landesherrn mit Befehlen des Oberreichsfeldherrn in Kollision kommen, lediglich die letztern entscheiden, weil der Oberbefehlshaber allein die höchste exekutive Kriegsgewalt und den höchsten Souverain, von dem sie emaniret, unmittelbar repräsentiret; weil er in der Kriegsführung die Souverainität des gesammten teutschen Reichs repräsentiret, vor welcher alle Landeshoheitsrechte verschwinden, und welcher

digung der Kaiserl. Kön. Erblande dienen, um das Vordringen des Feindes durch dieselbe ins Reich zu verhindern, und in diesem Fall wahre Reichshülfe, oder sie mag bey der unmittelbaren Vertheidigung des Reichs aus sich selbst d. i. den Kontingenten der Stände und den Kaif. Königl. oder andern Hülfs- truppen zusammengesetzt seyn — ist allerdings unter obigen Einschränkungen dem Kommando des Oberkriegsbefehlshabers, d. i. der Kaiserl. und Reichsgeneralität, an deren Spitze der Kaiser als Generalissimus oder der Reichsfeldmarschall steht, allein unterworfen.

der Reichsfürst so sehr fen. Dieser hat das aus-
 wie der ärmste Bauer un- schliessende Recht der
 terworfen ist. Wer die- Anführung der ganzen
 fe Grundsätze bezweifelt, Armee zur Vertheidigung
 der will Zwecke ohne des Reichs gegen den
 Mittel, der will Krieg Feind, und läßt sie nach
 ohne Einheit der Ope- dem von Kaiser und
 rationsplane, ohne Ein- Reich gemeinschaftlich,
 heit seiner Leitung; er oder von ersterem mit
 will einen Staat, der Willen des Reichs allein
 kein Staat ist; er will entworfenen Plane ope-
 was widersinniges. riren. Hier ist der Be-

fehl eines Landesherrn-
 der bey der *Reichsvertheidigung* nur in den Ver-
 hältnissen eines *Reichs- und Kreisstandes*, und
 erst da, wo seine Rechte und Pflichten zur *Landes-*
vertheidigung anfangen, zugleich in denen eines
Landesherrn und unabhängig von jenen handelt,
 gar nicht gedenkbar. Es kann also auch keine
 Kollision zwischen den Befehlen des Landesherrn
 und dem Reichs - Generalkommando entstehen. Die
 Gränzlinien der beyden verschiedenen Gewalten
 sind durch die teutsche Verfassung zu genau ge-
 zogen, als daß diese statt finden könnte. Durch

sie erhält zwar der Oberkriegsbefehlshaber bey der Vertheidigung des Reichs die höchste exekutive Gewalt über die Reichsarmee in *Kriegssachen*; aber sie verpflichtet zugleich den Kaiser dieselbe nur nach Vorschrift der Reichsverordnungen *) und unbeschadet der landesherrlichen Rechte zu gebrauchen oder durch andere gebrauchen zu lassen **). Zwischen ihr und der landesherrlichen, läßt sich, da letztere hier gar nicht in Betracht kommt, auch keine Vergleichung anstellen, und in diesem Sinn kann man den unbestimmten Ausdruck: daß vor ihr alle Landeshoheitsrechte verschwinden, das heißt, daß man ihrer hier nicht gewahr wird; daß sie hier keinen Wirkungskreis haben; füglich einräumen. Vergleicht man aber diese beyde Gewalten nur in abstracto, so sagt die

*) W. K. Art. IV. §. 3. §. 7. §. 9.

**) Westphäl. Fr. Art. VIII. §. 1. Wahlkap. Art. I. §. 2. §. 8. „Wir wollen nie - - - niemanden wer der auch sey, so in als außer dem Reiche gestatten, daß den Ständen in ihren Territoriis in ihrer Landeshoheit - - *sub quocunque praetextu* wider die Reichsgesetze, den Friedensschluß oder aufgerichtete rechtmässige und verbindliche *pacta* vor oder eingegriffen werde.“

die *allgewaltige Kraft der Logik*: daß erstere als bloß exekutive Gewalt, intensiv weit geringer als die landesherrliche sey, und dieser als gesetzgebenden und gewissermaßen souverainen Gewalt weit nachstehen muß.

Jedoch der Verfasser hat jenen Ausdruck in einer ganz andern Bedeutung genommen, wie der gleich darauf folgende so lächerliche als sträflich verwegene Nachsatz: „*der Reichsfürst wie der ärmste Bauer ist dieser exekutiven Gewalt unterworfen,*“ offenbar zeigt. Vor diesem Irrthum hätte ihn auch ohne alle Kenntniß der ältern und neuern teutschen Verfassung die in der Logik so wichtige Lehre von Distinktionen schützen können und sollen. Sie hätte ihm zwischen bürgerlicher und militärischer Jurisdiktion, zwischen den Personen die unter letzterer stehen, und zwischen den Vergehungen, wo sie sich äußern und nicht äußern darf, unterscheiden gelernt. Er würde durch sie begriffen haben: daß selbst der ärmste Bauer, der nicht bey der Armee ist, auf landesherrlichem Boden jener exekutiven Gewalt nicht unterworfen seyn kann, weil darauf der Landesherr allein zu ge-

bieten; weil derselbe durch Mitwirkung an der Reichsgesetzgebung als Reichsstand seinen Oberhoheitsrechten in einem Reichskriege nicht entzogen, folglich weder der Kaiser noch der Oberkriegsbeehlshaber zu irgend einem Akt der Landeshoheit, welche im Krieg wie im Frieden neben der Reichshoheit unverändert bestehen und gleich heilig seyn soll *), den mindesten Rechtsgrund hat.

Wie viel weniger also kann diese frevelhafte Behauptung von einem Reichsfürsten gelten. Ich gebe zu, daß derselbe als Offizier unter dem militärischen Richter und dessen Gewalt in Dienstvergehungen stehe; aber ich läugne die Rechtmäßigkeit dieser richterlichen Gewalt bey Verbrechen, wo Leib und Leben, oder Ehre, oder des Reichs Lehen zu verlieren sind. Hier läßt sich der Krieger nicht ohne den Reichsfürsten strafen, und

*) Wahlk. Art. I. §. 8. Art. IV. §. 1 - 9. Art. XV. §. 2. Art. XXI. §. 5. „Sollen und wollen auch die „Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen, Herren „und andere Stände des Reichs in oberzählten oder „andern Fällen unter dem Scheine des Rechts und „der Justiz nicht selbst vergewaltigen, solches auch „nicht schaffen, noch andere zu thun verhängen.“

und in solchen Fällen konnte schon vor entstandener Landeshoheit niemand über ihn sprechen als seines gleichen, d. i. das Fürstengericht. Reichsfürsten schöpften oder fanden das Urtheil und der Kaiser sprach's aus *). Daher hieß auch *Fürstenrecht*.

D 3

*) In einem solchen *judicio principum* wurden die Herzoge in Baiern *Conrad* und *Otto* von den Kaisern *Heinrich* dem III und IV. der Herzog *Heinrich* von Lothringen von K. *Heinrich* dem V, Herzog *Heinrich* der Stolze von K. *Conrad* dem III, Herzog *Heinrich* der Löwe von K. *Friedrich* I, Pfalzgraf *Otto* von Wittelsbach von K. *Otto* IV, theils am Leben gerichtet, theils geächtet und ihrer Lehen, Ehre und Güter entsezt.

Im Rs. Abschied von 1235 unter K. *Friedrich* II, C. 24. heist es: „Der Hofrichter soll auch alle Leute richten die ihm klagen von allen Leuten, ohne Fürsten und andere hohe Leute, wo es geht an ihren Leib, an ihr Recht, oder an ihre Ehre oder an ihre Lehen, das wollen Wir selber richten,“ S. die Bestätigung dieses Landfriedens unter *Rudolph* I. 1281. Unter Kaiser *Albrecht* II. auf dem Reichstag zu Nürnberg v. 1438. wurde dies wiederholt und noch beygesetzt: „Wär es, daß es des geschuldigten Fürsten oder Herren *Herrlichkeit* oder *Regalia* anrühret, so soll das Gericht mit Genossen gesezt werden, als des H. Reichs Recht und Herkommen ist“ So entschied Kaiser
Carl

recht. An dessen Stelle ist nachher die Reichs-
ver-

Carl IV. 1355. den Streit zwischen *Pfalz* und *Bayern* wegen der Kurwürde im Churfürstenrath bey dessen voller Versammlung. Sein Sohn K. *Sigismund* hielt gleichfalls 1417 zu *Costniz* ein Fürstenrecht in Sachen der *Pfalzgrafen* bey *Rhein* und der Herzoge in *Bayern* *Heinrichs* und *Luawigs*. Bey einem andern wichtigen Rechtsstreit wegen *Niederbayern* erliesz eben dieser Kaiser 1426 an Chur *Mainz* ein Rescript, wo es heisst: „Und weil die Sache des H. Reichs treffentliche Lehen anrührt; So haben Wir Fürsten, Grafen und Herren *Raths* darum gehabt, und meinen, dasz billig sey, dasz dieselbe Sache vor des *Reichsmannen* ausgetragen werde“ und so wurde diese Rechtsfache auch 1429 entschieden S. *Senkenbergs* corp. juris feud. p. 820. folg. Auch schrieben die unirte Fürsten aus *Schwäbisch Halle* 1609 an den Churfürsten zu *Sachsen* „Es sey der teutschen Chur- und Fürsten Recht und Hoheit, dasz wann es um Fürstenthümer zu thun, alsdann die Sache vor niemand anders als vor einem Römischen Kaiser und Könige gehandelt, und zu Beyfizern, oder wie es die alten Teutschen genannt, zu Urtheilern, kein anderer als gleiches Standes oder Würden und Genossen, nemlich Chur- und Fürsten gezogen werden sollen“ Endlich schrieb noch K. *Friedrich III* an Herzog *Heinrich* von *Bayern* 1448 die merkwürdigen Worte: „ist Unfre Meinung nicht gewesen und noch Unfre Meinung nicht, dasz solches Recht in unserm Kammergerichte, das Wir mit

versammlung getreten, und diese ist in solchen Fällen sein Richter *).

D 4

Wo

mit niedern Personen ohne Fürsten, *um Sachen, die unser und des Reichsfürsten Ehre, Leib oder Leben nicht berühren*, befezen, zwischen Euch soll oder sollte ausgetragen werden, *sondern allein vor unserer Majestät und unsern und des Reichsfürsten, die Wir zu Uns setzen werden.*“ Hieraus ergiebt sich auch der wahre Sinn der K. G. O. Th. II. Tit. 7. „ob Sachen vorfielen Fürstenthum, Herzogthum etc. so vom Reich zu Lehen rühren betreffend, so einem Theil *gänzlich* und *endlich* abgesprochen werden sollen, dererelben Erkenntniß ist Ihrer Kaiserl. Majestät vorbehalten.

*) Wahlk. Art. XX. §. 1 - 5. Zwar redet dieselbe nur von der Strafe des Landfriedensbruchs oder der Acht; aber ich zweifle nicht, daß ihre rechtliche Bestimmung im allgemeinen auch auf diejenigen Fälle passe, deren Entscheidung sonst vor das *judicium principum* gehörte. Denn, da die Fürsten im Westphäl. Frieden ihre vorige Rechte nicht nur bestätigt, sondern die Staatsgewalt als den *complexum* aller Hoheitsrechte in ihren Territorien d. i. die Landeshoheit erhielten; da ferner die Reichsgerichte jenes Fürstengericht weder ersetzen sollten noch konnten, vielmehr eigentlich nur zur Pflege der bürgerlichen Gerichtsbarkeit
im

Wo aber ein Reichsfürst in einem Reichskrieg gar keine Militärstelle bekleidet und Kriegsdienste leistet, da ist selbst der feinste Sophist an einem

im Reich aufgestellt worden, und daher nicht einmal über Mittelbare die peinliche Jurisdiktion haben, so würden in jenen bey Reichsfürsten selten vorkommenden, doch möglichen Fällen, die Reichsgerichte höchstens auch nur den Prozeß instruiren, aber nie entscheiden können.

Zur Bestätigung meiner Meinung mag folgende merkwürdige Stelle aus dem Rs. Gutachten vom 1. Aug. 1672 dienen.

„Gestalten dann dem Reichs Feldmarschall auch
 „die Ober-Jurisdiktion und Administration der Justiz über alle hohe und niedere Kriegs Officiers,
 „und der ganzen Soldateska insgemein bey wählendem Feldzug und so lang das Reichscorpus bey-
 „sammen in den *militärischen* Verbrechen gebühret und zukommt. - - So viel aber die nachgesetzte
 „Generals und den Generalstab betrifft, wo einer
 „oder der andere solchen Exceßs begienge, so un-
 „gestraft nicht könnte gelassen werden, so solle der
 „Herr Feldmarschall in Kraft des ihm ertheilten
 „Gewalts, denselben alsobald in Arrest nehmen
 „lassen, die Cognition und Anspruch aber solle dem
 „ordentlichen Kriegsrecht untergeben, und *dann*
 „die Execution ohne Ihro Kais. Maj. und Churfür-
 „sten und Stände oder derjenigen, woran er von
 „Den-

einem Scheingrunde verlegen, um daraus die exekutive Gewalt des Oberkriegsbefehlshabers über einen Reichsfürsten herleiten zu können.

6) So gar wenn ein Landesherr in seinem Widerspruche gegen den Oberreichsfeldhern glauben sollte, daß der Gegenstand des Widerspruchs außer den Kriegszwecken liege, muß er dennoch dem Oberfeldherrn unweigerlich gehorchen, und seine Beschwerden an den Souverain bringen, der diesem Oberfeldherrn den Oberbefehl anvertraut hat, und dem allein Man wird eben so wenig läugnen, daß der Oberfeldherr nur dem Souverain, der ihm das Kommando übertragen hat, verantwortlich sey, als es nach meinen vorhergehenden Bemerkungen unbegreiflich scheinen muß, wie ein Landesherr und der Oberreichsfeldherr, wenn keiner die Grenzen seiner Gewalt überschreitet, mit einander in Kollision kommen können. Die Behauptung, daß

der D 5 er-

*„Denselben noch weiters verwiesen werden möchte,
 „Vorwissen und weitere Verordnung nicht fürgenommen werden.“*

der Oberfeldherr verantwortlich ist,

7) Der Oberreichsfeldherr ist unbedenklich befugt, jeden teutschen Einwohner, er sey wes Ranges er wolle, der seinen Befehlen zuwider handelt, selbst wenn er sich durch Befehle seines sonstigen Landesherrn entschuldigen wollte, vor ein Kriegerrecht zu ziehen, und da ohne Rücksicht auf landesherrliche während eines Reichskrieges gänzlich suspendirte Befehle, nach Kriegsgesetzen strafen zu lassen.

Denn da während des Krieges der Wille des Oberreichsfeldherrn an dem Kriegs-

ersterer im Zweifel dem letzteren gehorchen müsse, ist daher ungereimt; vielmehr würde man in dem selbst als möglich vorausgesetzten Fall des Widerspruchs zwischen beyden, wegen der allgemeinen für den Landesherrn streitenden rechtlichen Vermuthung sagen müssen: Der Oberfeldherr hat dem Landesherrn in der Regel nichts zu befehlen; also ist dieser im Zweifel sich dessen Willen zu fügen nicht schuldig. Soll aber bey dem Oberkriegsbefehlshaber Gewalt für Recht gelten; so darf der Landesherr auf den Beystand und Schutz des Kaisers und seiner Kreismitstände rech-

Kriegsschauplaz der höch- rechnen, *) ja nach Be-
 ste ist, so muß er auch, schaffenheit der Umstän-
 um wirksam zu bleiben, de, das ist bey wahren Ver-
 gegen die widersezlichen gewaltigungen sich selbst
 Strafgewalt haben. durch Gegengewalt in dem
 Besitz seiner landesherrli-
 chen Rechte behaupten.

Kein teutscher Einwohner, der in einem Reichs-
 kriege nicht Soldat ist, oder, weil er zum Train
 und Gefolg der Armee gehört, als solcher betrach-
 tet

*. W. K. Art. IV. § 18. etc. Und nachdem auch jezu-
 weilen verschiedene Immediatfürstenthümer etc. - -
 ohne einiges Recht und Befugniss mit Einquarti-
 rung und *andern Kriegsungelegenheiten* höchst be-
 schweret worden, und daher - - gleichsam zu *Medi-*
atständen gemacht werden wollen; als versprechen
 Wir nicht allein durch eifrige Interposition die Ab-
 stellung zu befördern, sondern auch vermög der
 Reichskoustitutionen, bey den nächst angefessenen
 Kreisständen die Vorsehung zu thun, daß ihnen
 kräftiglich assistiret und sie bey ihrer zustehenden
 Immedietät per omnia gelassen werden (§. 19.) bey
 welchem allen wir Kurfürsten, Fürsten und Stände etc.
 samt den allerseits Landen Leuten und Untertha-
 nen nach Vermögen schützea, manuteniren und hand-
 haben, und dawider in keinerley Weise beschweren
 lassen wollen.

tet wird, steht unter den Befehlen des Oberfeldherrn; nur der ist sein Herr, dem er gehuldigt, dem er Treue und Gehorsam geschworen hat. So lange er dieses Eides nicht entlassen ist, muß er seinem Landesherrn gehorchen; er wird ein Verräther, wenn er die demselben widersprechende Befehle eines andern erfüllt. Der Verfasser läßt also den nach Kriegsgesetzen bestrafen, der kein Schurke seyn will, oder es mit seinen 5 Sinnen nicht fassen noch glauben kann, daß ein Reichskrieg alle landesherrlichen Befehle unwirksam mache.

Der Wille des Reichsoberfeldherrn ist der höchste innerhalb seiner von mir angegebenen Sphäre; aufser ihr sind seine Befehle ungültig. Die jenen nicht erfüllen sind strafwürdig; die diese nicht achten, kennen und thun ihre Pflicht; solche Widerspenstige (wie der Autor sie nennt) beglücken jeden Staat; sie sind der festeste Damm gegen verderbliche Eigenmacht und gegen ein die Menschheit entehrendes *stat pro ratione voluntas*.

8) Was nun insonder- Wenn in einem Reichs-
heit Festungen betrifft, die krieg gewisse *Territori-*
zur al-

zur Reichsvertheidigung *al-* und *Landesfestungen* gebraucht werden, so passen vorstehende Grundsätze noch strenger auf sie, als auf andere reichsständische Besizungen, weil auf ihnen die Vertheidigung des Reichs und die Leitung der Kriegsoperationen ganz vorzüglich beruhet.

9) Der Kommandant einer solchen Festung stehet während des Kriegs lediglich unter dem Oberreichsfeldherrn, und ist nicht erst befugt, seinem Landesherrn die ihm werdende Befehle dieses Oberfeldherrn mitzutheilen, sondern er muß lediglich dem Oberfeldherrn überlassen, ob und was dieser dem Landesherrn des

dem Reich und seiner Vertheidigung vorzüglich wichtig sind; so kann das Reich oder mit dessen Willen der Oberreichsfeldherr dem Landesherrn diese Wichtigkeit vorstellen und mit ihm gemeinschaftlich das bewirken, was der gute Defensionsstand solcher Festungen, wodurch der Feind gehindert wird, in das Land, und vermittelt desselben weiter in das Reich vorzudringen, nothwendig fordert. Auch läßt sich kaum denken, wie der Landesherr, der hier das größte Interesse hat, in Verbindung mit dem Reichsoberfeldherrn nicht alle Mittel zu diesem gro-

Kom-

fen

Kommandanten von den Kriegsdispositionen wissend machen will. Diese Regel fließt daraus, daß der Reichskrieg nicht ein Krieg eines einzelnen Reichsstandes, sondern der des gesammten Reichs ist. Den Zweck anwenden sollte. Aber von seinem Willen hängt die Vertheidigung dieser Festungen wie die seines ganzen Landes hauptsächlich ab, und jeder wird ohne meine Erinnerung begreifen, wie schwer hier die Anwendung des sogenannten *dominium eminens* von Seiten des *Reichs* (von dem Oberfeldherrn ist nicht die Rede) seyn müsse, da es selbst bey dem bloßen Bürger und Unterthanen nur im höchsten Nothfall gebraucht werden darf. Auf

10) Der Kommandant, der diesen zu wider handelt, kann vom Reichsfeldherrn, ohne Anfrage bey dem Landesherrn des Kommandanten, und von diesem unabhängig militärisch gestraft werden.

der einen Seite hängt das Recht des Landesherrn über seine Festungen mit der Territorialgewalt zu genau zusammen, als daß man ihm jenes ohne diese entziehen könnte, und auf der andern fehlt es noch an einer positiven Reichsgesetzgebung, die Kaiser und Reich in einem solchen Fall zur Ausübung des

des natürlichen Staats- und des gemeinen positiven Privatrechts autorisirte, und eine Entschädigung festsetzte. Ich glaube daher, daß *das Reich* den Landesherrn bloß wegen eines seinem Land und dem Reich offenbar schädlich gewordenen Eigensinns, oder wegen Unterlassung der ihm zur Ausführung vorgeschlagenen und ohne scheinbare Gründe vernachlässigten Maasregeln verantwortlich zu machen, aber in Ermangelung eigener Gesetze nie über dessen Festungen eigenmächtig zu disponiren habe. Gleich willkührlich und unrichtig ist der Satz: daß der Kommandant einer solchen Festung während des Krieges lediglich unter dem Oberreichsfeldherrn stehe etc.

Zwar will der Verfasser denselben aus der Regel ableiten, daß der Reichskrieg nicht ein Krieg eines einzelnen Reichsstandes, sondern des gesammten Reichs sey. Allein daraus ergiebt sich gerade das Gegentheil. Weil das *gesammte Reich* den Krieg führt, so hat der *einzelne Reichsstand* daran keinen andern Antheil zu nehmen, als wozu ihn die Reichsgesetze als Glied des Ganzen verpflichten. Außerdem hat er im Kriege wie im Frie-

Frieden, zum innern und äuffern Schuz seines Landes, aus eigener Gewalt alle Anstalten und Vorkehrungen zu machen, welche die Lage der Dinge erfordert. Diese Gewalt ist durch die teutsche Verfassung geheiligt und garantirt von Kaiser und Reich.

Daher steht der Kommandant einer solchen Festung während des Krieges wie vorher lediglich unter den Befehlen seines Landesherrn, und ist diesem allein verantwortlich. Ja auch schon daraus, daß selbst der Kommandant und die Besatzung einer *Reichsfestung*, wenn sie in des Kaisers und des Reichspflichten genommen werden, nichts destoweniger ihre vorigen Pflichten beybehalten, und jene diesen keinen Abbruch thun dürfen *) erhellet ganz klar, daß der Kommandant

und

*) Im Reichsgutachten vom 1sten Merz 1698 heisst es: „So ist - - geschlossen worden, daß demjenigen General, welchen Ihro Kaiserl. Maj zu Uebernehmung der beyden Festungen Philippsburg und Kehl, Ihrentwegen bereits bevollmächtigt, dieses auch von Reichswegen (wie hiemit geschieht)

und die Befazung einer *Landesfestung*, welche in solchen Reichspflichten nicht stehen, einzig und allein von dem Landesherrn, dem sie dienen, und von dessen Befehlen abhängen.

Hieraus fließt die weitere natürliche Folge, daß der Reichsfeldherr sein Amt schon mißbraucht, wenn er dem Kommendanten einer Landesfestung Befehle ertheilt; sollte er sich gar so weit vergessen, denselben, weil ihm seine Pflicht heilig ist, militairisch zu strafen, so wird er meinedig am Reich *); er verdient für die Tyranney die

schieht) „zu verrichten, aufzutragen feye; wie „ingeleichen die Commendanten und Befazung, nebst „der Ihro Kaiserl. Majestät leistenden, auch in „Reichspflichten, jedoch ohnabbrüchig derer, wo- „mit sothane Truppen denjenigen, wohin sie ge- „hören, verwandt seyen, zu nehmen: über das „auch der Kommendant sammt der Befazung in „Philippsburg zu *Ablegung dergleichen Pflichten* „an Ihro Churfürstl. Gnaden zu Trier als Bischofen „zu Speyer und selbig hohes Stift, als *des Orts* „*landesfürstliche Herrschaft* (außer des juris prae- „sidii et protectionis) wie es in Zeit der kaiserl. Inn- „habung beschehen, anzuweisen feye.“

*) Der Oberreichsfeldherr muß nach der Eidesformel

die er noch zum Verbrechen fügt, eine exemplarische Strafe.

Der Reichsfeldherr kan sich so wenig eine Jurisdiktion über Kriegs- und Civildienner des Landesherrn anmassen, dafs vielmehr dieser alle nicht militairische Verbrechen, die in seinen Landen von den Reichstruppen begangen werden, bestrafen und
zu

mel von 1664 und 1672 schwören „der Römisch
„Kaiserl. Maj. wie auch gesammten Churfürsten
„und Ständen des Reichs getreu, hold und ge-
„horsam zu seyn - - und wann es zum Feldzug
„kommt, jedesmahls das Reichsvolk, so demselben
„zugegeben wird, gütlich zu erhalten, wissent-
„lich nichts, so Ihro Kaiserl. Majestät wie auch
„Churfürsten und Ständen des H. R. Reichs *samt*
„*und sonders* zuwider, fürzunehmen noch zu han-
„deln - - dafs er auch die Völker so ihm unterge-
„ben, zu niemands Vergewaltigung und Oppression,
„sondern nur zu allerhöchst ernannt Römisch Kai-
„serl. Maj. des Reichs und *gesammter Churfürsten*
„*und Stände Defension* und Hintertreibung widrigen
„ausländischen Gewalts gebrauchen - - und in allem
„sich also verhalten solle und wolle, wie solches
„einem aufrichtigen und getreuen Feld Marschallen
„obliegt und gebühret, und seiner ihm von mehr
„gedacht Ihrer Kais. Maj. *und Churfürsten und Stän-*
„*den* gebenden, und künftig etwa noch weiter zu-
„kommenden Instruction und Befehlen gemäß ist.

zu dem Ende die Auslieferung solcher delinquirenden Soldaten von dem Reichsfeldherrn verlangen darf *). Ein offener Beweis, wie sorgfältig unse-

E 2

re

*) In der Instruktion für den Rs. Feldmarschall als der ersten Beilage des Reichsgutachtens v. 1. Aug. 1672. wird verordnet „dafern nun aber unter währendem „Feldzug in den Marsch oder in denen Quartieren „gegen einen Stand des Reichs, dessen Angehörige oder Unterthanen mißhandelt, oder sonst in „dessen Land ein Verbrechen nicht militäre begangen wird, sollen die Thäter, wenn dieselben nicht „vorhin zur Verhaft gebracht, ermeldtem Stand „ausgeliefert werden, und demselben darüber die „Cognition und Abstrafung verbleiben. In den von den 3 Reichscollegien beliebten Zusätzen vom 31. Jan. 1682. zu den Artikulsbrief vom 16. Nov. 1672. liest man: „gestalten dann zu mehrerem Nachdruck „und Versicherung jeder Kreisstand, wo sich die Soldaten im Quartier oder sonst befinden, oder „da derselbe nicht mächtig genug, die ausschreibende Fürsten zu erfuchen, wann wider die Ordinance gehandelt und was darüber erpresset oder „mit Verwunden, Rauben, Brennen, Morden, oder „in andern dergleichen nicht militärischen Verbrechen excedirt worden, die Delinquenten nicht allein für sich selbst gefänglich anzunehmen und zu „examiniren, sondern auch die Strafe anzusezen „und an ihnen zu exequiren. Im Reichs Schluß vom 12. Merz 1704. „Auf daß aber die Offiziers „sowohl, als Gemeine wissen mögen, welchergestalt „die Mannszucht oder Disciplin eingerichtet, und „sie

re Reichsverordnungen die landesherrlichen Rechte gegen entferntere aber mögliche Eingriffe sicher gestellt haben.

1) Der Kommandant einer Festung, die auf dem Schauplatz des Reichskriegs liegt, muß, sobald die Festung, die er kommandirt, zur Reichsvertheidigung nöthig ist, seine Bestätigung ausdrücklich oder stillschweigend vom Oberbefehlshaber des Reichskrieges erhalten.

Der Kommandant verdankt sein ganzes Recht über die Festung der Ernennung durch seinen Landesherrn; ist diese geschehen, so ist sie als ein vollgültiger Souverainetätsakt über jede Bestätigung erhaben.

Wenn der Kommandant dem Oberbefehlshaber des Reichskrieges nicht tüchtig genug scheint, den festen Platz, dem

„sie zu deren Observanz verbunden, auch wie die
 „*Domini territoriales* die verübende *Delicta* und *Ex-*
 „*cesse* von den Soldaten ohne Ausnahme zu bestrafen
 „befugt seyn; so ist beschloffen worden, daß bey al-
 „len Kreistruppen die 1682 von Rs. wegen beliebte
 „Artikulsbrief zu publiciren und darauf scharf zu
 „halten seye Dies ist im Rs. Gutachten vom 16. Apr.
 1734 wörtlich wiederholt.

dem er vorgefetzt und der dem Reich wichtig ist, zu vertheidigen, so muß er sich an den Landesherrn wenden, und durch Darlegung der Gründe denselben vermögen, einen andern zu setzen, oder ihm die Bestimmung desselben zu überlassen. Jede andere Art von Einmischung oder Verfügung über das Kommando einer Landesfestung ist sträfliche Usurpation landesherrlicher Gewalt.

1 2) Gehört der Kommandant zum Kriegskontingente seines Landesherrn, so ist er so schon durch Befehl des Oberbefehlshabers Kommandant geworden.

1 3) Gehört er aber nicht zu seines Landesherrn Truppenkontingente, so ist er als ein unzähliges Kontingent anzusehen, das der Oberbefehlshaber während des Krie-

Wird zugegeben.

Wo steht dies geschrieben mein lieber Herr Graf? Nirgend als in ihrem, durch eine mehr als weibische Eitelkeit, ein lächerlich aufgestuztes System zu verfolgen.

E 3 fol-

Krieges wie das gesetzlich folgen, verschobenen
schuldige behandelt. Kopf. Bey diesem Di-

lemma sieht man auffal-
lend, wie derselbe gleichsam in Nöthen war, bis
er zu dem zweyten Glied die ungereimteste aller
Konsequenzen fand, wornach der Kommandant, der
nicht zu dem Kontingent des Landesherrn gehört,
als ein überzähliges Kontingent angesehen wird.
Hier hat den Verfasser die natürlichste Gedanken-
reihe verlassen; er dachte nicht, daß man nach
dem Grund fragen würde, der ihn den Komman-
danten so anzusehen berechtere, und daß, wenn
man auch darüber weggehen wollte, der Ober-
feldherr auf das überzählige Kontingent nicht die
mindeste rechtliche Gewalt habe, so lange es nicht
ein Theil der Reichsarmee ist. Doch der Satz ist zu
abgeschmakt, um dabey noch ein Wort zu ver-
lieren.

14) Der Reichsstand, Hier schlägt sich der
der solche Festung be- Verfasser mit seinen ei-
sitzt, hat keine Verbind- genen Worten, und die
lichkeit selbige durch gesunde Vernunft ist
eigene Truppen zu ver- über die erkünstelte wi-
theidi- der

theidigen, sondern er der seinen Willen Meikann diese Vertheidigung ster geworden. Hat der dem Oberkriegsbefehls- Reichsstand, der solche haber überlassen, Festung besitzt, keine Verbindlichkeit deren Vertheidigung dem Oberreichskriegsbefehlshaber zu überlassen, sondern *kann* er dies thun wenn er will; so folgt, dafs ehe er es gethan hat, die Vertheidigung der Festung durch seine eigenen Truppen ihm allein zustehe; dafs also der Reichskriegsfeldherr in Hinsicht auf dieselbe vorher nichts thun *könne* oder *dürfe*.

15) Der Oberbefehlshaber des Reichskriegs hat keine Verpflichtung zu erlauben, dafs eigene zum Kontingente nicht gehörige Truppen des Landesherrn einer Festung sie vertheidigen. Vielmehr müssen diese Truppen, so bald der Oberbefehlshaber des Reichskriegs Der Landesherr hat, wie der Herr Autor eben sagte, das Recht aber nicht die Pflicht, die Vertheidigung seiner Festung dem Oberbefehlshaber zu überlassen, oder nach seinen Worten: er *kan* es thun aber er *muss* es nicht. Diesem Recht des Landes-

Reichs- E 4 des-

Reichskriegs es befiehlt, desherrn entspricht die sich herausziehen und allgemeine also auch die denen Plaz machen, de- Pflicht des Oberbefehlshabers ihn nicht darüber die Vertheidigung an zu hindern. Dazu der Festung anvertrauen war eine besondere Verpflichtung nicht einmal will, nöthig, ungeachtet der oben bemerkte von dem Oberreichsfeldherrn zu schwörende Eid sie gewissermassen enthält. Ueberhaupt sollte es, um richtig zu sprechen, heißen: „*Der Oberbefehlshaber des Reichskriegs hat die Pflicht oder Verpflichtung es nicht zu erlauben etc.*“ Da sich aber diese Pflicht nicht hätte deduziren lassen, wovon die nothwendige Folge war, daß der Oberbefehlshaber es erlauben, gestatten, zugeben muß, oder bestimmter zu reden es nicht zu hindern vermag, wenn der Landesherr sein Recht gebraucht; so glaubte der Verfasser damit zu täuschen, wenn er sagen würde: *der Oberbefehlshaber hat keine Verpflichtung zu erlauben.* Allein jeder nur etwas aufmerkame Leser dieser Worte wird gleich bey sich schliessen: Entweder will dies so viel sagen, daß der Oberkriegsbefehlshaber,

haber, weil er keine Verpflichtung hat, zu erlauben etc. das Recht hat nicht zu erlauben etc. Auf diese Art wäre ein offener Widerspruch mit dem vorhergehenden Satz, worinn der Verfasser dem Landesherrn das Recht, die Vertheidigung dem Oberbefehlshaber zu erlauben und zu überlassen einräumt; oder ihre Bedeutung ist die: der Oberbefehlshaber hat keine Pflicht zu erlauben etc. also auch kein Recht nicht zu erlauben etc.; dieses müßte durch jene erst begründet werden, um es dem landesherrlichen entgegen zu setzen.“ Der weitere Nachsatz widerlegt sich nunmehr von selbst.

16) Läßt der Landesherr in seiner Festung Truppen, die nicht zu seinem Kontingente gehören, zurück, und der Oberbefehlshaber des Reichskrieges vertraut ihnen die Vertheidigung der Festung an, oder genehmigt die von ihrem Landesherrn geschehene Anvertrau-	Dass der Oberbefehlshaber des Reichskrieges den landesherrlichen Truppen mit keinem Scheingrund von Recht die Vertheidigung der Festung anvertrauen, oder sie genehmigen könne, das wird nach dem, was bereits gesagt ist, kein Freund der Wahrheit bezweifeln.
trau-	E 5 Für

trauung, so sind die außerordentlichen Kosten, welche dem Landesherrn die Vertheidigung der Festung macht, ihm von seinen Mitständen zu vergüten. Denn er trägt diese Kosten nicht in einem Privatinteresse seines Staats, sondern in einer allgemeinen teutschen Nationalangelegenheit. Er hat keinen Privatkrieg. Das Reich hat einen Nationalkrieg. Der Feind, der die Festung bedroht, thut es als Nationalfeind.

Für die Vergütung der von dem Landesherrn auf die Vertheidigung seiner Festung verwendeten außerordentlichen Kosten durch seine Reichsmitstände, entscheidet die Billigkeit nur in dem Fall, wo das Reich aus dessen Erschöpfung reelle Vortheile zog. Dieser Aufwand geschieht hauptsächlich wegen der Rettung des Landes, und das Reich macht dabey einen indirekten Gewinn. Der Landesherr schützt nur das Reich, indem er die Pflichten

gegen sein Land erfüllt und dafür ist ihm das Reich Dank aber keinen Ersatz schuldig. Diesen kann er nie fordern, sondern auf Vorstellung seiner bedrängten Lage von seinen billig und edel denkenden Mitständen bloß erwarten. Nach diesen Grundsätzen hat man auch in vorkommenden Fällen gehandelt, ungeachtet kein

Reichs-

Reichsgesetz existirt, welches den Ständen die Verbindlichkeit der Vergütung derjenigen Kosten auflegte, die eigentlich für das *Land* gemacht worden. Doch muß man mit dieser unbestimmten und nur selten eintretenden Pflicht nicht jene verwechseln, die dem Reich unstreitig obliegt, wenn ein Reichsstand als solcher für das *Reich* handelt und z. E. bey Besetzung von Reichsfestungen oder andern Gelegenheiten, wo Gefahr auf dem Verzug ist, seine Reichsschuldigkeit früher, oder noch mehr als er schuldig ist, leistet, um dadurch dem Schaden zu begegnen, der aus der späteren oder faumfeligeren Pflichterfüllung der übrigen dem Reich zugehen könnte. Diese Verbindlichkeit zum Erfaz, die eine durchgehends gleiche Tragung der Kriegslast bezweckt, ist in den Reichsschlüssen erkannt und bestätigt. *)

So

*) Reichs Schluss vom 19. Merz 1703. „auf den Fall „auch ein oder anderer nächstgelegener löblicher „Reichsstand *amore publici* einige Kriegsrequisita „in die Reichsfestungen bereits hergegeben hätte „te, oder noch dazu eilends konkurriren würde, „ehe die Nothdurft in termino beygeschafft worden „wäre, dem oder denenselben solle ein solches an
fei-

So fern der Reichskrieg eine Nationalangelegenheit ist, giebt er als Reichsstand dazu seinen gesetz-

„seinem oder ihren ohnedas zugetheilten jezigen
 „Praestandis selbst, jedoch mit Vorbewußt eines
 „jeden hochlöbl. Kreises Ausschreib-Amts, abzu-
 „ziehen hiemit erlaubt seyn, gestalten man hierbey
 „von Reichs wegen die höchste Billigkeit, denen
 „Reichsfazungen gemäß beobachtet, und nicht ge-
 „statten könne, daß ein Kreis- oder Reichsstand
 „durch sothane rühmliche und willige Beytragung
 „für den andern wider alle Recht und Billigkeit
 „praegravirt werde, mithin Schaden für danknehmi-
 „ge Ersezung des *pro patria et publico* seinen Mit-
 „ständen zum Besten beschenehen Aufwands em-
 „pfinden solle.“ Rs. Schluss vom 12. Merz 1704. - -
 „Wenn von den nothleidenden oder den Opera-
 „tionen am nächsten gelegenen gesammten Kreisen
 „oder auch einzelnen Ständen sothanes schwere Ge-
 „schüz, Munition und sonst hergegeben und et-
 „was schadhafft und unbrauchbar gemacht würde,
 „oder gar verlohren gieng, daß ein solches al-
 „les denenselben, *was sie dergestalt über ihr sonst*
 „*nur schuldiges Contingent beygestellt*, samt de-
 „nen derenthalben gehabtten Kosten und gestellter
 „Zugehör von denen übrigen Reichskreisen unauf-
 „haltlich gut gethan werden solle und zwar inson-
 „derheit auf den Fall, da ein einzelner Stand die
 „Nothdurft fourniret, mit der Maas, daß selbiger
 „der aufgewandten Kosten Widererstattung halber,
 „von demjenigen Kreis, worinn er gelegen, garan-
 „tirt und indemnifirt werde, diesen aber von ge-
 samm-

fezlich vorgeschriebenen Beytrag. Damit steht wie umständlich gezeigt worden, die ihm eigenthümlich zukommende *Landesvertheidigung* in ganz keiner Verbindung. Der Feind, der seine Festung bedroht, thut es als sein und des Reichs Feind. Der Landesherr vertheidiget damit *sein Land* und frommet dadurch der Nation und dem Reich.

Endlich seze ich noch der ungereimten Behauptung all jener Rechte, die der Verfasser dem Oberbefehlshaber in einem Reichskrieg über Landesfestungen nach Willkühr einräumt, eine bekannte Gesezstelle *) entgegen, und frage jeden Unbefan-

ge-

„sammtten Reich die behörige Vergütung geschehe.“
 Rs. Schluss vom 21. May 1710. Das hier angeführte wiederholt wörtlich der Reichsschluss vom 16. Apr. 1734.

*) W. K. Art. IV. §. 6. „Iedoch sollen und wollen
 „Wir weder in währendem solchen Reichskriege
 „noch auch sonst in der Kurfürsten, Fürsten und
 „Stände Landen und Gebiete - - - einige Festungen
 „von neuem anlegen oder bauen, noch auch zer-
 „fallene und alte wieder erneuern, viel weniger
 „ändern solches gestatten oder zulassen, immaßen
 „dieses allein die Landesherrn nach den Reichs-
 „sätzen in ihren territoriis zu thun befugt und be-
 „rechtiget sind.“

genen, wie es sich — da Teutschlands *Oberhaupt selbst* während einem Reichskrieg und sonst zur Vertheidigung des Reichs in den ständischen Ländern weder neue Festungen anlegen, noch zerfallene und alte erneuern, überhaupt keine dem Reich (d. i. den Rechten aller und der einzelnen Reichsstände) *nachtheilige Hülfe* gebrauchen darf *) — nur mit ein wenig Kenntniss und gesunder Vergleichungskraft, und ohne das dem Publikum schuldige Gefühl von Achtung ganz ausgezogen zu haben, entschuldigen lasse, wenn man solche Sätze, wie der Verfasser aufgestellt hat, von dem *blossen Oberbefehlshaber* der Armee mit der Mine von Wahrheit anführt, und unter den Augen derer öffentlich verbreitet, von denen man annehmen darf, dass sie etwas mehr als verunglückte Sophisten, nemlich Kenner und Verehrer ihrer Verfassung sind.

An-

*) §. 3. „Wo wir aber des Reichs wegen angegriffen würden, mögen wir Uns aller dem Reich *unnachtheiligen Hülfe* gebrauchen.“ Der wahre Sinn dieser Worte ergiebt sich aus dem §. 4.

Anwendung dieser Grundsätze auf die vorliegende Kapitulation von Mannheim.

I. Einmischung des kurpfälzischen Ministers Herrn Grafen von Oberndorf.

1) Der kurpfälzische Staatsminister Herr Graf von Oberndorf, der sich herausgenommen hat, sich in diese Kapitulation zu mischen, hat dazu von Seiner Excellenz dem Herrn Grafen von Clerfait keine Autorisation gehabt; er hat es also unbefugter Weise gethan.

Ein Befehl Sr. Durchlaucht des Herrn Kurfürsten von der Pfalz konnte

Richtige Grundsätze können zuweilen falsch angewandt werden, aber von unrichtigen, wie erwiesenermaßen die gräflich Strengschwerdische sind, findet nie eine wahre Anwendung statt.

Gleich der Anfang derselben macht lachen. Der Staatsminister eines angesehenen Kurhofes soll, um einen auf die Rettung des Landes sich beziehenden

te ihn zu dieser Einmischung nicht berechtigen. Denn Seine Durchlaucht hatten, da hier Mannheim gebraucht ward, dem Feinde den Uebergang über den Rhein zu erschweren, keine Disposition mehr über die Vertheidigung oder Uebergabe Mannheims. Diese hingen wie alles, was zur Polizey von Mannheim gehörte, vom Herrn Grafen von Clerfait und von denen von ihm ernannten oder genehmigten Unterbefehlshabern ab. Denn Mannheim war im Kriegsfande.

den landesherrlichen Akt gültig zu thun, von dem Reichsoberfeldherrn autorisirt werden. Er als erster Diener und Repräsentant seines Herrn soll Befehle annehmen von dem ersten Diener des Reichs bey der Armee, welcher als solcher zu nichts weiter als zu dem Reichsstaatsamt des ersten Reichsheerführers verpflichtet und berechtigt ist. Er, der nur unter der höchsten Gewalt des Herrn steht, dem er die ersten und geheimsten Staatsdienste zugeschworen, und der seine Person mit diesem Verhältniß in unmittelbaren und eigensten Schuz gegen jedermann genommen hat, soll einem Manne untergeordnet seyn, dem das Reich in der

der Eigenschaft des Oberkriegsbefehlshabers nur zur Vollziehung der Kriegsgefeze an den ihm untergebenen Truppen ermächtigt, der also zur Ausübung derjenigen Civilgerichtsharkeit gar kein Recht hat, ohne welche doch keinem Civilbeamten gültig etwas befohlen, oder derselbe zu irgend einer Amtshandlung autorisirt werden kann.

Gesezt aber auch: es wäre wahr — was nach der jezigen teutschen Verfassung ewig falsch ist — daß der Kurfürst bey der Vertheidigung und Uebergabe seiner Festung Mannheim nichts mehr zu sagen gehabt hätte; so mußte sein Staatsminister doch seine Befehle vollziehen; so mußte der Oberkriegsbefehlshaber vermuthen und annehmen, daß derselbe nur in Gemäfsheit dieser Befehle in der Kapitulationsfache gehandelt habe. Einem Minister kommt die Beurtheilung der Rechtmäßigkeit derselben nicht zu, außer sie würden mit seinen Pflichten gegen den Staat unvereinbarlich seyn. Nur in diesem Fall soll er eher sein Amt niederlegen als sie erfüllen. Denn sonst wird er dem Land verantwortlich, und, wenn der Landesherr Mitschuldiger ist, von dem Kaiser gerichtet. — Viel-

leicht aber hat Herr Graf von Oberndorf in dieser weder reichs- noch landesverfassungs - widrigen Sache ohne Befehl und eigenmächtig gehandelt. — Gleichviel: dann war der Kurfürst sein Richter, und keine seiner Handlungen irgend einer Kognition des Herrn Grafen von Clerfaut unterworfen.

Hätte Graf Oberndorf als Gesandter eines fremden Hofes am Kurpfälzischen gestanden und in der Landesfestung Mannheim nach dem Dafürhalten des Reichsoberkriegsbefehlshabers auf irgend eine Weise gegen die Staats- und Freundschaftsgesetze gesündigt; so war er schon nach dem Völkerrecht und dem dadurch geheiligten Grundsatz von Exterritorialität für seine Person unverletzlich und wegen seines Verhaltens allein seinem Hof verantwortlich, auch, so lange sein Souverain nicht als Feind betrachtet werden konnte, vor jeder feindseligen Behandlung sicher. Um wie viel mehr aber mußte er es jetzt seyn, da er — so fern er als bevollmächtigter Minister eines teutschen Kurhofs und nur zur Rettung des Landes die Festung Mannheim auf Kapitulation an den Feind übergab — nicht nur unter dem Schutze des Völkerrechts war, sondern

dern als Staatsminister und, weil er in dieser Eigenschaft handelte, nach unsrer vaterländischen Verfassung unter keiner andern als Kurpfälzischer Gerichtsbarkeit stand. Aber auch ohne Bekleidung eines so hohen Staatsamts mußte ihn der bloße Aufenthalt auf pfälzischem Grund und Boden gegen jede andere als feindliche Gewalt schützen.

2) Der Gouverneur Der Herr Gouverneur
Herr Baron von Belder- und der Kommandant von
busch und der Komman- Mannheim waren Diener
dant Herr Duroi hätten des Kurfürsten wie der
also gar keine Einmisch- Herr Staatsminister; sie
ung des Herrn von Ob- konnten letzteren wohl
erndorf in diese Kriegs- hindern, sich nicht ohne
angelegenheit, die ledig- den Willen des Kurfür-
lich von dem Herrn Gra- sten in diese Kapitulationshandlung zu mengen,
fen von Clerfait reffor- aber ihn nicht ausschließ-
tirte, gestatten sollen. fen, wenn der Kurfürst
ihn dazu autorisirte. Dieser, nicht Herr Graf von Cler-
fait war ihr Gebieter. Jede Verfügung des Reichs-
kriegsfeldherrn in Landesvertheidigungsfachen und
über landesherrliche Diener ist — ich kann es nicht

oft genug widerholen — widerrechtliche Einmischung und durch sich selbst nichtig.

3) Der Herr Graf Entweder widerspre-
von Oberndorf hat sich chen sich n. 3 und n. 4.
durch seine unbefugte Ein- oder der Verfasser hat
mischung in diese Kriegs- sich sehr unlogisch aus-
angelegenheit den Kriegs- gedrückt. Nach n. 3 hat
gesetzen unterworfen. sich der Herr Graf von

4) Eben dadurch, daß nen Akt der Einmischung
er sich in einer im Kriegs- in die Kapitulation von
stande befindlichen Fe- Mannheim den Kriegsge-
ftung aufhielt, war er setzen unterworfen: vor-
schon den Kriegsgesetzen, her war er es also nicht;
wie jeder andere Bewoh- und nach n. 4. war er
ner der Festung unter- es schon ohne diese Hand-
worfen. lung bloß durch seinen
Aufenthalt in einer im

Kriegsstand befindlichen Festung. Nach n. 3. wurde er also erst etwas, was er nach n. 4. schon war. Hat der Verfasser hier nicht eben so dreist des ersten Grundsatzes des menschlichen Verstandes, wie der Grundsätze unsrer teutschen Verfassung gespot-

spottet? Nach den Worten scheint es fast so; doch ich bin billig genug zu glauben, daß in seinen Gedanken kein Widerspruch lag, und daß er, statt zu sagen: der Herr Graf von Oberndorf war schon durch seinen Aufenthalt in der Festung an die Beobachtung der Kriegsgefeze gebunden, und machte dieselbe durch unbefugte Einmischung in eine Kriegshandlung auf sich anwendbar; oder er kam durch seine Handlung, die vermög ihrer Natur nach Kriegsgefezen zu beurtheilen war, unter den militärischen Richter, dem diese Beurtheilung zukommt: sich auf die geschehene Art ausgedrückt hat. Allein auch so verstanden ist der Satz unrichtig.

Der Staatsminister steht zwar wie jeder andere Bewohner der Festung unter den von den Befehlshabern vorgeschriebenen Kriegspolizeygefezen, ohngefähr wie der auswärtige Gefandte unter den Polizeygefezen desjenigen Souverains, an den er akkreditirt ist. So wenig aber dieser, wenn er gesetzwidrig handelt und dadurch Beschwerden wider sich veranlaßt, deswegen der Gerichtsbarkeit, die allein sein Herr über ihn hat, entzogen wird, eben so wenig kann der Kurpfälzische Staatsminister,

wann er auch — was doch der Fall nicht ist — wirklich unbefugt gehandelt und die Kriegsgefeze verletzt hätte, dadurch sein Recht verlieren, wornach er blofs von seinem Kurfürsten, oder von dem, welchem der Kurfürst es überträgt, gerichtet wird. Seine unerlaubte Handlung kann weder für die Befehlshaber der Festung noch für den Oberreichsfeldherrn eine neue keinem von beyden über die Person des Staatsministers zukommende Gerichtsbarkeit begründen. Man kann auch nicht annehmen dafs derselbe durch die Einmischung in die Kapitulationshandlung seinem privilegierten Gerichtsstande stillschweigend entsagt und sich der militärischen Jurisdiktion unterworfen habe. Denn dieser ist ein mit seiner Staatswürde wesentlich verknüpfter Vorzug, und so lang er sie bekleidet, von ihr unzertrennlich.

Ueber dies ist die Abschliessung einer Kapitulation keine solche Kriegsangelegenheit, die nothwendig und ausschliessend für die Befehlshaber der Festung gehört. Ich gebe zu, dafs nur letzteren die Beurtheilung und Entscheidung der Vorfrage, ob die Festung zu übergeben sey, zukommt? Wenn aber dieselbe bejahend erfolgt ist, so kann die Ka-
pi-

pitulation wie jeder andere Staatsvertrag von jedem abgeschlossen werden, der dazu bevollmächtigt ist. Dies Recht zu kapituliren hat zwar der Kommandant einer nicht haltbaren Festung schon kraft seines Amts; allein dies hindert den in der Festung befindlichen Staatsminister eben des Herrn, den die Befehlshaber derselben erkennen, gar nicht, an der Verhandlung dieser wichtigen Staatsfache und ihren Bedingungen Theil zu nehmen. Ia es ist sogar den Regeln der Klugheit gemäfs, wenn die Befehlshaber aus Achtung gegen denselben, und um sich gegen alle Verantwortlichkeit bey ihrem Landesherrn desto mehr sicher zu stellen, dem Staatsminister die Lage der Sachen vorlegen, die Kapitulation mit ihm gemeinschaftlich entwerfen, abschliessen und unterschreiben.

5) Als unter die Er stand kraft des vor-
Kriegsgesetzes gehörig hergehenden weder unter
stand er unter den Befeh- den Befehlen des einen
len der Herren von Bel- noch des andern. Nur
derbusch und Duroi. dann, wann er erweislich

fähig gewesen wäre, die
6) Er stand im letzten Festung zu verrathen, oder

Reffort unter dem höchsten Befehle des Herrn Grafen von Clerfait.

ein ähnliches Staatsverbrechen zu begehen, konnten die Befehlshaber der Festung, oder wenn die-

7) Sein Excellenz der Herr Graf von Clerfait sind also unbedenklich beauftragt, falls sie die Uebergabe mißbilligen, den Herrn Grafen von Oberndorf, wo sie ihn finden in Verhaft nehmen und nach Kriegsgefezen wegen seiner Mitwirkung an der Uebergabe von Mannheim richten zu lassen.

se es unterlassen, der Reichsoberbefehlshaber, nachdem er dem Feind sie wieder entriß, sich seiner Person versichern, und seine Verhaftnehmung dem Kurfürsten anzeigen, damit dieser ihn richte. Was weiter geschah, war schon Mißbrauch ihrer Gewalt und Eingriff in die landesherrlichen Rechte.

Aber selbst in diesem Fall konnte der Herr Graf von Clerfait ihm nichts befehlen, noch ihn verantwortlich machen. Das Stillschweigen des Ministers war bis auf den von seinem Herrn erhaltenen Befehl, Rede und Antwort zu geben, nichts mehr als Pflicht.

Wie

Wie sich aber die Verhaftnehmung des Herrn Staatsministers Grafen von Oberndorf und des Herzogl. Zweybrückischen Herrn Ministers von Solabert unter gegenwärtigen Umständen, wo gegen sie nicht die geringste Vergehung, geschweige ein Verbrechen erwiesen ist, rechtfertigen, und mit den allgemeinen Gesetzen der Gerechtigkeit, insbesondere aber mit den völker- und landesherrlichen Rechten vereinigen lasse, das mögen andere entscheiden. Doch wird jeder Unpartheyische mit mir darüber eins seyn, daß die Mißbilligung der Uebergabe der Festung, den Herrn Grafen von Clerfait, wenn er es außerdem nicht war, unmöglich berechtigen konnte, den Herrn Grafen von Oberndorf zu arrestiren und wegen seiner Mitwirkung an der Uebergabe von Mannheim zu richten. Denn es ist ohne meine Erinnerung klar, daß so wie überhaupt, also auch hier die Befugniß oder nicht Befugniß gegen einen dritten aus der Handlung selbst und nicht aus der Billigung oder Mißbilligung derselben entsteht. Allein man sollte mit dem Verfasser fast glauben, daß jener Arrest wirklich aus keinem andern als

diesem angeblichen Recht der Mißbilligung verhängt worden sey.

Zu Ende des vorigen Jahrhunderts ereignete sich ein in gewisser Hinsicht ähnlicher Fall, welcher bemerkt zu werden verdient, weil er zu erkennen giebt, wie man die Verhaftnehmung eines Staatsministers damals anfah *). Kaiser Leopold liefs nemlich den kurfächsischen General-Feldmarschall und geheimen Staatsminister von *Schöning*, der von ihm sehr übel gesprochen haben sollte und einer geheimen Verbindung mit den Franzosen, so wie der Stiftung einiger Unruhen in Böhmen verdächtig worden war, im Töplizer Bad, wohin er sich zu Erreichung der letzteren Absicht begeben haben sollte, in Verhaft nehmen und auf das Schloß Spielberg in Mähren setzen. Kaum erfuhr dies der Kurfürst, so führte er hierüber nicht nur bey dem Kaiser sondern auch bey dem Reichstage schriftliche Beschwerde. Beyde Schrei-

*) Dieser Fall findet sich in den vortreflichen kleinen Schriften des noch lebenden *Friedrich Karl* von *Moser* im VII. Band S. 387 - 401.

Schreiben sind äufferst merkwürdig und ein Beleg meiner Sätze. In dem an den Kaiser hiefs es:

„Dafs der Feldmarschall Dero unmittelbarer
 „Diener, und also Sie bevorab als ein Kur-
 „fürst des Reichs nicht wären zu übergehen
 „und von der Cognition über die Ihrige aus-
 „zuschliessen gewesen, nachdem einmal ver-
 „möge der Wahlkapitulation *) und anderer
 „Reichskonstitutionen auch in *atrocissimo*
 „*crimine laesae Majestatis* die Cognition
 „dem Domino territorii geböre: dafs auch
 „die Avocatoria den judicem ordinarium
 „nicht ausschliessen, anbey von Specifirung
 „der Delictorum bisher abstrahirt worden,
 „und keine Nachricht von demjenigen, dessen
 „der von Schöning bey Ihro Kaiserl. Maje-
 „stät möchte feyn beschuldiget worden, so
 „lange er in Dero Diensten gewesen, an Sie
 „gelanget wäre; auf welchen Fall Sie zu
 „Ihro Kaiserl. Majestät Satisfaktion aus un-
 „terthänigster Schuldigkeit nicht allein, son-
 „dern

*) Art. XXI. §. 2. 4.

„dern zugleich aus patriotischen redlichen
 „Gemüth gegen Dero Vaterland, alles, was
 „zu dem gemeinen Besten ersprieslich, wür-
 „den sorgfältig beobachtet haben: Erfuchten
 „also, den von Schöning an Sie, *als dessen*
 „*ordentliche unmittelbare Obrigkeit* zu
 „remittiren, auch seiner Verbrechen Com-
 „munication zu thun, inzwischen aber ihm
 „auf einige Weise nicht unrecht geschehen,
 „sondern vielmehr leidlich halten zu lassen;
 „dagegen Sie, was die Natur und Eigen-
 „schaft bey einem so wichtigen Werke zu
 „Ihro Kaiserl. Maj. und des ganzen Reichs
 „Vergnügen und Beruhigung erfordern, nicht
 „unterlassen würden.“

Das Schreiben an den Reichstag gieng dahin:

„Weil es noch nicht notorisch, ob der von
 „Schöning dasjenige, so man ihm aufbürden
 „wollen, verbrochen, so hätte man diesen
 „Prozess nicht ab executione anfangen sol-
 „len, sondern deshalb, und wenn man ei-
 „nigen Argwohn auf ihn gehabt, sich zuvor
 „bey

„bey dem Kurfürsten von Sachsen über ihn
 „beschweren und in casu denegatae justitiae
 „hernach erst der Execution und Repressa-
 „lien gebrauchen sollen. Ingleichen so wäre
 „der von Schöning, wenn er auch etwas
 „pecciret hätte, *nicht als ein privatus*, son-
 „dern *als eine persona publica und hoher*
 „*kurfürstlicher geheimer Staatsminister*
 „und General zu consideriren, welcher
 „die *Secreta des kurfürstl. Hauses* wüßte
 „und mit seiner Eidespflicht selbige an
 „sich zu halten verbunden sey. Und wie
 „nun kraft der habenden Landeshoheit, ein
 „Kurfürst des Reichs seine eigene *geheimen*
 „*Staatsgeschäfte*, und was sonst zur
 „*Wohlfahrt seiner Lande* gereicht, mit
 „seinen Ministern treiben und expediren
 „könne, ohne dass er dem Kaiser oder
 „jemand andern davor *responsable* seye;
 „also könnte um so viel weniger der Kaiser
 „desselben Ministres captiviren, oder die
 „ihnen anvertraute *Secreta*, auch ihrer und
 „deren Principalen habende Dessen exami-
 „niren. *Posito* auch *sed non concessio*, dass
 „der

„der von Schöning wider die Kaiserl. Avocatorien gehandelt, so concedirten ja die
 „kaiserliche Avocatoria ao. 1688. denen Kurfürsten und Ständen des Reichs die Bestrafung derjenigen, so wider die Avocatoria
 „handelten.“

Zwar suchte der Kaiser in einer umständlichen Antwort an den Kurfürsten vom 13. Jul. 1692 diese Verhaftnehmung hauptsächlich dadurch zu rechtfertigen:

„dafs dieselbe (wie es heist:) nicht in den
 „Kurfürstl. sondern *in seinen eigenen Landen*, *allwo derselbe sich nicht mit einem öffentlichen von den Kurfürsten mithabenden Charakter, sondern als Privatus*
 „*aufgehalten*, vorgenommen worden. - - -
 „Er gebe dem Kurfürsten selbst zu ermessen,
 „wohin das höchste Kaiserl. Amt verfallen
 „würde, wenn Er nicht einmal auf seinem
 „Grund und Boden einen *mediatum Subditum*, welcher sich gegen das Reich verfüh-
 „diget, anhalten, oder da Er selbigen ergrif-
 „fen

„fen, ihn alsbald wieder extradiren, und
 „vor seiner *unmittelbaren Herrschaft* be-
 „klagen, hiermit nichts anders als einen Klä-
 „ger oder Denuncianten abgeben sollte.“

Nichts desto weniger aber wurde der von Schö-
 ning nach 2 Jahren kraft eines Traktats, den der
 seinem Herrn Bruder *Joh. Georg* dem IV. nachge-
 folgte *Friedrich August* mit dem Kaiser schloß,
 nach einer noch vorher erhaltenen allergnädigsten
 Audienz auf freyen Fuß gesetzt.

Ist es wohl nach der eigenen Aeufferung des
 Kaisers Leopold nur zu vermuthen, daß er die-
 sen Kurfächfischen Staatsminister auf dem Territo-
 rium des Kurfürsten, und wenn er in seinem Staats-
 amt gehandelt hätte, würde haben in Verhaft
 nehmen lassen? Wer hätte wohl damals geträumt,
 daß sich nach einem Jahrhundert der Kaiserl. Kö-
 nigl. General-Feldmarschall und Reichs-Feldzeug-
 meister würde beygehen lassen, einen Kurpfälzi-
 schen Staatsminister auf kurfürstlichem Grund und
 Boden und auf eine nicht gar schonende Weise in
 Verhaft zu nehmen, weil er in seiner Eigenschaft

als

als Staatsminister mit Willen seines Herrn eine Staatshandlung vollziehen und die Kapitulation einer Landesfestung, über deren Haltbarkeit der Kurfürst, oder die, denen er die Festung anvertraut hatte, allein zu urtheilen hatten, abschließen half.

II. Benehmen des Herrn Gouverneurs
Baron von Belderbusch und des
Festungskommandanten Herrn
Duroi.

1) Diese Herren mußten diese Herren des Kurfürsten einsehen, daß sie fürsten wußten, daß sie die Festung Mannheim eine kurpfälzische Stadt nicht als eine kurpfälzische und Festung wider den sische Stadt, gegen einen Reichsfeind schützen sollten; sie wußten auch, in einem Kriege dieses daß sie dem Kurfürsten, Fürsten, sondern daß der sie zu deren Vertheidigung gesetzt hatte, sie selbst als eine teutsche Stadt in einem als seine Diener und Reichs- Ver-

Reichskriege gegen den Vertheidiger seines Er-
 Reichsfeind zu verthei- genthums allein verant-
 digen hatten. wortlich wären ; aber die
 diesen Herren heilige
 Dienst - und Amtspflicht erlaubte ihnen nicht, da zu
 klügeln, wo sie zu handeln hatten, und etwas an-
 ders einsehen zu müssen, was sie nicht anders ein-
 sehen durften. Ihr Beruf war, die Festung zu ver-
 theidigen, so lange sie es für möglich hielten, da
 dieselbe nur ihnen anvertraut war.

2) Sie mußten einse- Sie mußten ihre Ver-
 hen, daß sie in der Ver- antwortlichkeit gegen den
 theidigung dieses Plazes K u r f ü r s t e n einsehen;
 nicht des Herrn Kurfür- denn diesem hatten sie
 sten Durchlaucht, sondern gehuldigt und Dienstreue
 dem gesammten teutschen geschworen; aber sie könn-
 Reiche und dessen Souve- ten und durften nicht ein-
 rain verantwortlich wa- sehen, daß sie bey Ver-
 ren. theidigung der Festung al-

3) Sie mußten einse- gen Kaiser und Reich, in
 gen, daß sie in allem, dessen Pflichten sie nicht
 was G stan-

was die Vertheidigung standen, eine Verantwort-
 dieses Plazes gegen den lichkeit hätten, denn ihre
 Reichsfeind betraf, unter allgemeine teutsche Bür-
 dem höchsten und allei- gerpflicht kam als eine *ne-*
 nigen Befehle des Herrn *gative* und *unbestimmte*
 Grafen von Clerfait Ex- hier, wo von einer *po-*
 cellenz standen. *sitiven* und *bestimmten*

Dienstpflicht die Rede
 war, nicht in Betracht.

Der Gedanke, daß sie unter dem Befehl des
 Herrn Grafen von Clerfait stehen sollten, konn-
 te ihnen nur dann kommen, wenn sie das Sy-
 stem des Verfassers früher gekannt, und ihm auf
 Kosten ihrer Ehre und Pflicht gehuldigt hätten.
 Doch bin ich gewiß, daß sie auch jetzt noch
 ohne Vergleich mehr Ursache haben, mit ihrem
 Benehmen, als der Herr Graf mit seinen Sätzen
 zufrieden zu seyn.

4) Beforgten sie, daß Also im Ernst!
 ihre in Friedenszeiten statt Dies hätten der Gou-
 fin- ver-

findende Unterthänigkeits-
 pflichten gegen ihren Lan-
 desherrn und ihre fort-
 dauernde rechtmäßige An-
 hänglichkeit an diesen ih-
 ren Herrn in Kollision
 kommen könnten mit den
 Pflichten, die ihnen in
 Absicht der Vertheidigung
 Mannheims oblagen, und
 welche Pflichten gegen ih-
 ren höheren allgemeinen
 teutschen Souverain wa-
 ren, so mußten sie sol-
 ches ihrem Kurfürsten ge-
 treulich einberichten, ihm
 vorstellen, daß die Ver-
 theidigung einer teutschen
 Stadt in einem Reichs-
 kriege ihnen unmöglich

verneur und Komman-
 dant von Mannheim thun
 sollen; dies ist in dem
 Pflichten - Codex, den Sie
 Herr Graf! ihnen vor-
 schreiben, enthalten. Scha-
 de daß Sie ihn nicht auf
 kurze Zeit fanktioniren
 können, um den herrlichen
 Effekt wahrzunehmen,
 den ihr System von den
 Rechten und Pflichten, und
 besonders die Eintheilung
 derjenigen Unterthänig-
 keitspflichten, die nur in
 Friedenszeiten statt fin-
 den, in unfreier teutschen
 Reichs- und Landesver-
 fassung hervorbringen
 könnte.

mache, andere als die
 höchsten Befehle des Ober-
 befehlshabers des Reichs-
 krieges zu respektiren;
 und dafs sie, wenn die-
 ser Grundsatz irgend Sei-
 ner Kurfürstl. Durchlaucht
 bedenklich scheinen mög-
 te, lieber um ihre Ab-
 rufung aus Mannheim bit-
 ten müßten.

Die Herren, um eben
 so gegen ihren höchsten
 Souverain völlig offen
 und redlich zu handeln,
 mußten ihre Bedenklich-
 keiten gleichfalls Sr. Ex-
 cellenz dem Herrn Gra-
 fen,

Nie habe ich gele-
 fen, und mein bischen
 schlichter Verstand
 sagt mir's auch nicht,
 wie Unterthänigkeits-
 pflicht mit Dienstpflicht
 in Kollision kommen
 könne, so lange eine
 Person nicht in meh-
 reren Dienstverhältnissen
 steht. Dies aber war
 weder bey dem Baron
 von Belderbusch noch
 bey dem Herrn Du Roi
 der Fall. Der allgemein
 richtige Satz: dafs die
 Dienstpflicht nur eine nä-
 here Bestimmung derje-
 nigen sey, die man als
 Unterthan hat, muß al-
 so

fen von Clerfait einbe- so auch auf sie ange-
richten, und seiner Weis- wandt gelten.

heit überlassen, ob er fer-
nerhin ihnen die Verthei-

digung Mannheims anzu- Gesezt aber auch: sie

vertrauen gut finden wer- wären wirklich in Reichs-

de, und was er alsdann diensten gewesen, so hät-

wegen ihrer Entbindung ten, wie oben aus Reichs-

von allen kurfürstlichen schlüssen dargethan wor-

Befehlen während der den, diese nie auf Ko-

Zeit, daß Mannheim im sten der ihrem Kurfür-

Kriegsstande seyn werde, sten schuldigen Pflichten

zu erlassen belieben wolle. geleistet werden dürfen.

Und in einem solchen Kol-

lisionsfall wären sie schuldig gewesen, ihre wesent-

liche Unterthanen- und bleibende Amtspflicht im

Dienst ihres Landesherrn, der vorübergehenden im

Dienste des Reichs vorzuziehen, oder wenn die

Entscheidung ihnen schwer gefallen wäre, den Fall

ihrem Landesherrn vorzulegen, und sich seinem Wil-

len zu fügen. Allein in Ermanglung dieser Reichsdienstpflicht, wäre der von dem Verfasser vorgeschlagene Bericht, oder eine Vorstellung, die sie dem Kurfürsten hätten machen sollen, wozu nicht der geringste Grund war, ein Beweis von Mangel an Kenntniß und Gefühl ihrer Pflicht, und eine so übereilte als verwegene Handlung gewesen, welche ein gerechtes Mißtrauen des Kurfürsten in sie, und ihre auch nicht verlangte Abrufung aus Mannheim verdient hätte.

Auf ihrem Posten kannten sie keinen Souverain als ihren Kurfürsten; Dies war ihr einziger und höchster Gebieter; eine von ihrer Seite hierüber nur geäußerte Bedenklichkeit gegen den Herrn Grafen von Clerfaiit wäre schon Verken- nung und Geringschätzung der höchsten Gewalt ihres Herrn gewesen.

Zwar

Zwar gestattet die teutsche Verfassung dem *Kaiser selbst* nur in dem einzigen Fall, wo ein Fürst als Reichsfeind erklärt ist, Avokatorien zu erlassen und darinn alle Teutsche, die ihm dienen, ihrer Eidespflicht zu entledigen; aber *Karl von Strengschwerd* bietet im Reiche der Finsterniss, die seine Grafenschaft umschliesst, und mit einem Nimbus von Flitterlogik umgeben, unfreier Konstitution Trotz, und autorisirt in seiner gräflichen Ohnmacht einen *Reichsfeldzeugmeister* — denn nur als solcher übt Clerfaiit eine militärische Reichsgewalt aus — bis zur Entbindung landesherrlicher Diener von ihrer Kriegsdienstpflicht und von dem Gehorsam, womit sie ihrem Herrn zugethan sind, der als ein mächtiger Reichs- und Wahlfürst, und als Freund des Kaisers und Reichs in diesem Krieg mehr leistete und litt als irgend ein Stand.

5) Thaten die Her- • Heben nicht einmal
ren das nicht und blie- bey Kommandanten von
ben G 4 Reichs-

ben in Mannheim und *Reichsfestungen* die
 behielten da das Kom- ausdrücklich übernom-
 mando, so unterwarfen menen Reichspflichten in
 sie sich stillschweigend einem Reichskriege dieje-
 den Pflichten der teut- nigen auf, die sie ge-
 schen Befehlshaber teut- gen ihre landesfürstliche
 scher Festungen während Obrigkeit haben; so
 eines Reichskrieges; sie kann dem Gouverneur
 unterwarfen sich der aus- und Kommandanten ihr
 schließlichen Verant- Aufenthalt in einer *Lan-*
 wortlichkeit gegen *desfestung*, deren Ver-
 den höchsten Souverain theidigung ihnen im
 des gesammten Teutsch- Namen ihres Landes-
 lands. herrn obliegt, und wo-
 rinn sie im Kriege und
 unabgerufen bey Lebensstrafe ausharren müssen,
 keine neue stillschweigende, wenigstens keine
 solche Reichspflicht auflegen, die ihrer positi-
 ven und ausdrücklichen Landespflicht widerspricht;
 sie

sie sind, wenn sie diese erfüllen, von jeder Verantwortlichkeit frey.

Nur der Verfasser vergaß über seinem künstlichen Gewebe erdichteter stillschweigender Pflichten, die wichtige Pflicht, der sich jeder — er sey ein Teutscher oder ein Fremder — durch seinen Aufenthalt in Teutschland unterwirft, nichts zu schreiben oder zu thun, das gegen dessen Gebräuche, Geseze und Verfassung anstößt. Wäre ihm diese nur einigermaßen heilig gewesen; er hätte das Publikum mit seinem *unrechtlichen Gutachten* verschont.

6) Mannheim war	Wenn Mannheim von
geständiglich nicht von der	der Reichsarmee auch
Reichsarmee abgeschnitten.	nicht abgeschnitten war;
ten. Die Herren konnten	so hatte der Kurfürst und
ten	G 5 seine

ten es also dem Feinde seine Diener darum nicht
 nicht ohne Anfrage bey nöthig, wegen der Ue-
 dem Oberbefehlshaber bergabe einer Landes-Fe-
 des Krieges übergeben, stung erst bey dem Kriegs-

Oberbefehlshaber anzu-
 fragen. Diese hieng ganz

7) Da sie diese An- von ihm ab, und er war
 frage nicht erlassen, da fogar zu dieser Uebergabe
 sie keine Erlaubniß des verpflichtet, so bald sie un-
 Herrn Grafen von Cler- ter Bedingungen gesche-
 fait zur Uebergabe auf- hen konnte, welche die
 zuweisen haben, so ha- Rettung seiner dießseits
 ben sie sich dem Reiche rheinischen Lande be-
 dadurch verantwortlich wirkten, die bey einer
 gemacht. gewaltfamen Eroberung

dieser Stadt der schrök-
 lichsten feindlichen Ver-

8) Die Entscheidung heerung ausgesetzt wa-
 über sie und ihr Betra- ren. Ob die Festung in
 gen in der Vertheidigung die Länge mit Erfolg

Mann-

ge-

Mannheims, die Billigung oder Bestrafung vertheidigt werden können, vermag der Verpitulation gehört für ein fasser so wenig als ich von Sr. Excellenz dem zu entscheiden. Doch Herrn Grafen von Clerfai t niederzusetzendes nung derer, welche sie Kriegsrecht, übergaben, immer das für sich, daß die Franzosen, als Meister der Rheinschanze, es wenn sie wollten, auch von Mannheim nach seiner Lage seyn konnten. An dem Willen derselben und der Macht, die sie zu dessen Ausführung anwenden würden, liefs die Wichtigkeit dieser Festung nicht im mindesten zweifeln. Dazu kam ihr bisheriges Kriegsglück, das ihre kühnste Unternehmungen, worunter nach ihrer damaligen Stellung die Einnahme von Mannheim gar nicht gehörte, begünstiget hatte, und ausserdem noch diese Betrachtung, die der größten Aufmerksamkeit werth ist.

Der

Der Kurfürst spielte, wenn er bis dahin es kommen liefs, ein Spiel, wobey für seine *Lande* und für das *Reich* nichts zu gewinnen, für erstere aber alles zu verlieren war. Hier entschied schon die gesunde Vernunft, was das Gefühl von Pflicht gegen Land und Leute, und die edle Begierde treue Unterthanen zu retten, unwiderstehlich befahlen.

Dieser Pflicht mußte in diesem Augenblick jede andere — liesse sie sich auch, wie nicht ist, erweisen — nachstehen; ja ich halte dafür: dafs, wenn auch der Kurfürst für gut gefunden hätte, den Befehlshabern seiner Festung den Auftrag zu geben, sich vor ihrer Uebergabe mit dem Oberbefehlshaber der Reichsarmee zu besprechen, derselbe nichts destoweniger Fug und Macht hatte, sie unter damaligen Umständen dem Feind zu überlassen,

lassen, und durch eine zweckmäßige Kapitulation sie und sein Land vom Untergange zu retten.

Von der Verantwortlichkeit, in welche der Gouverneur und Kommandant durch diese Uebergabe gegen das Reich gefallen seyn sollen, hat bisher aufser dem Verfasser niemand gesprochen; hingegen hat das Benehmen des Oberbefehlshabers gegen sie, und insonderheit gegen den Kurpfälzischen und den Pfalz-Zweybrükischen Minister großes Mißfallen erregt. Viele sehen dasselbe sogar als eine gemeine Beschwerde aller Reichsstände an, und glauben, daß das Reich von dem gekränkten Theil nur einen Anlaß erwarte, um dessen Sache zu derfeinigen zu machen, und die durch die Reichsverfassung geheiligte Landeshoheit gegen diese und jene ähnliche sie im wesentlichen verletzende Handlungen sicher zu stellen. Der so gerechte als gütige Kaiser, der schon mehrmalen öffentlich bezeugt
hat,

hat, daß Er seine Oberhauptlichen Rechte allein auf die Geseze zu gründen und das Reich nur durch dieselben zu regieren gedenke, kann unmöglich dies Verfahren gut heißen, noch weniger aber solche Schriften gnädig ansehen, die, wie die *gräflich Strengschwerdische* mit Verabfäumung aller den Reichsfürsten schuldigen Achtung Haupt und Glieder allmählich entzweyen, der kaiserlichen Autorität im Reich schaden, und der teutschen Konstitution den Untergang drohen.



Aretin, Johann Christoph von,

Freymüthige staatsrechtliche Prüfung des sogenannten Rechtlichen
Gutachtens, die Übergabe der Festung Mannheim an den Reichsfeind
betreffend den Göttingischen Professoren ... Pütter und ... von Martens
zur öffentlichen Prüfung gewidmet von Karl Grafen von Strengschwerd

Regensburg 1796

J.publ.g. 909,21

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562576-7

VD18 14891212-001